

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich zu unserer heutigen, 32. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sieben Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

Gesetzentwurf+
der Landesregierung
Drucksachen 15/1000 und 15/1300

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 15/1700 – Neudruck –,
15/1701 bis 15/1707,
15/1710 bis 15/1715,
15/1720 und 15/1768

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 mit Finanzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 15/1001

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1749

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1002 und 15/1354
Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/1717

zweite Lesung

Und:

Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1684

erste Lesung

Sowie:

Steuertreiberei der rot-grünen Landesregierung aufhalten – Das Gemeindefinanzierungsgesetz darf nicht zu Lasten einer einwohner- und wirtschaftsfreundlichen Kommunalpolitik verändert werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1679

Ich weise noch auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1758 hin. Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen zur mittelfristigen Finanzplanung in der Drucksache 15/1749 vor. Hierüber werden wir in der dritten Lesung der Haushaltsvorlagen zu entscheiden haben.

Zur Erinnerung möchte ich noch einige Hinweise für die heutigen Beratungen geben. Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2011 in zweiter Lesung erfolgt heute mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Heute ist auch über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu entscheiden. Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden auch heute keine Abstimmungen statt. Über den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke Drucksache 15/1684 sowie über den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1679 werden wir ebenfalls heute nach Schluss der Haushaltsberatungen abstimmen.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Bauen, Wohnen und Verkehr**

mit den Teilbereichen „Wirtschaft und Mittelstand“, „Energie“, „Städtebau und Wohnen“ sowie „Verkehr“. Auch hier gebe ich den Hinweis auf die Be-

schlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1714.

Ich eröffne die Beratung für den

Teilbereich Wirtschaft und Mittelstand

und gebe das Wort an den Sprecher der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über die Wirtschaftspolitik dieses Landes spricht, muss man in den letzten Monaten den Eindruck gewonnen haben, dass die Wirtschaftspolitik der Landesregierung die Grundlage für die Behauptung legen soll, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört sei: Zuerst wird das Wirtschaftsressort um die Landesplanung erleichtert, mit dem Klimaschutzgesetz macht dem Wirtschaftsminister dann der Umweltminister schon allein die Mitsprache streitig. Die Grundsatzfragen der Energiepolitik musste das Wirtschaftsministerium direkt an Herrn Remmel abgeben. Die Atomaufsicht ist dem Wirtschaftsministerium geblieben – was Sie daraus machen, haben wir in den letzten Tagen lebhaft erfahren.

(Zuruf von der SPD)

Das Wirtschaftsressort ist gefleddert und nur noch ein Schatten seiner selbst. Schon ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt hagelt es kritische bis vernichtende Stellungnahmen. Birger Heuser, Landesvorsitzender des Verbandes „ASU – Die Familienunternehmer“, äußert sich schon zum Ende des vergangenen Jahres in der „Bild-Zeitung“ mit dem vernichtenden Fazit: „Die wollen gar nicht mit uns reden, denen ist egal, was die Wirtschaft denkt – Hauptsache wir zahlen unsere Steuern.“ Selbst der Präsident der IHK zu Köln, Bauwens-Adenauer, sah sich beim Neujahrsempfang genötigt festzustellen, dass die Landesregierung in der Verkehrs- und Industriepolitik ohne Richtung sei, und forderte ein klares Bekenntnis zum Industrieland.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

– Inzwischen, Kollege Eiskirch – das sollten Sie besonders sensibel betrachten – teilen selbst Gewerkschafter die Sorge um die Industriepolitik Ihrer Regierung.

Die Medien berichten darüber, dass nach 18 Uhr keine Ministertermine mehr gemacht werden, dass Terminabsprachen mit der Wirtschaft nicht funktionieren, das Ministerbüro chaotisch sei und die Motivation der Mitarbeiter leide. All das gipfelt in der Spekulation, der Minister sei nur Platzhalter für den Fall, dass es doch noch zu einer Dreierkoalition käme; er sei also ein Minister auf Abruf. All das nennt man wohl einen klassischen Fehlstart.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die von Herrn Birger Heuser beschriebene Haltung macht sich auch an ganz konkreter Politik fest: Kies-Euro, Wasserentnahmeentgelt, Bettensteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer.

Zum Kies-Euro: Laut Koalitionsvertrag soll zukünftig eine Abgabe auf die Entnahme von Kiesen und Sanden erhoben werden. Wie man das ausgestalten kann, hat uns Herr Remmel in der letzten Periode mit einem Gesetzentwurf beschrieben. Es kämen 60 Millionen € auf die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu. Diese wird das nicht einstecken können. Dazu sind die Margen zu knapp. Am Ende bezahlen es diejenigen, die bauen, nämlich Kommunen und junge Familien.

(Beifall von der CDU)

Zum Wasserentnahmeentgelt: Die christlich-liberale Landesregierung hat die Abschmelzung des Wasserentnahmeentgeltes beschlossen, um Wettbewerbsnachteile für nordrhein-westfälische Firmen zu beseitigen. Die Minderheitsregierung hat jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes rückgängig gemacht werden soll. Gleichzeitig soll das Wasserentnahmeentgelt gegenüber dem heutigen Stand um 1,4 Cent pro Kubikmeter für Entnahmen wie etwa zum Zwecke der Kühlwassernutzung, um 1,6 Cent pro Kubikmeter für Zwecke der Durchlaufkühlung und um 0,16 Cent pro Kubikmeter im Übrigen erhöht werden. Das entspricht einer Steigerung von 40 bis 60 % zum Beispiel für die Kühlwassernutzung.

Die Landesregierung belastet die Industrie in Nordrhein-Westfalen damit langfristig mit rund 100 Millionen € und gefährdet akut 2.000 Arbeitsplätze in den betroffenen Branchen.

Zur Bettensteuer: Die von Herrn Walter-Borjans in Köln erfundene Bettensteuer ist vom Innen- und vom Finanzministerium am 9. September genehmigt worden. Dadurch ist die Bettensteuer landesweit zugelassen. Die Bettensteuer löst nicht die Finanzprobleme der Kommunen. Sie geht weit über den populistisch propagierten Ausgleich für die reduzierte Mehrwertsteuer hinaus. Sie ist rechtlich fragwürdig und steuersystematischer Irrsinn. Sie schadet dem Tourismus und damit einer Branche, in der gerade diejenigen Arbeit finden, die es auf dem Arbeitsmarkt häufig schwer haben.

Zur Gewerbesteuer: Mit dem umstrittenen Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 erfolgt eine Anpassung der fiktiven Hebesteuersätze. Die Grundsteuer A wird um 17 Punkte, die Grundsteuer B um 32 Punkte und die Gewerbesteuer um 8 Punkte von 403 auf 411 Punkte erhöht. Damit erhöhen Sie in den ländlichen Kommunen des Landes flächendeckend die Gewerbesteuer. Diese Kommunen haben Sie schon zuvor mit den Änderungen des Soziallastenausgleiches in eine ausweglose Lage gebracht. Die Hebesatzanhebung ist weder durch das ifo-Gutachten

noch durch die Beschlussempfehlung der ifo-Kommission gedeckt. Sie erhöhen flächendeckend die Steuern für die gewerbliche Wirtschaft im Land in einer Zeit, in der Sie ja noch behaupten, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört. Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden: Entweder es gibt eine Störung, oder die Wirtschaft ist so stark, dass man abkassieren kann. Beides gleichzeitig funktioniert nicht.

Zur Grunderwerbsteuer: Das wird Ihr nächster Streich. Damit auch nicht eine einzige Steuer oder Abgabe in diesem Land ohne Erhöhung bleibt, haben Sie sich das für die zweite Jahreshälfte vorgelegt. Es ist zu lesen, dass Sie mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rund 600 Millionen € pro Jahr rechnen. Wie sagte Birger Heuser richtig: Denen ist egal, was wir denken – Hauptsache, wir zahlen unsere Steuern.

Dieser Strauß an Grausamkeiten wird durch die Klimaschutzpläne von Minister Rempel garniert, die zu einem Aufschrei bei Unternehmern und Gewerkschaften geführt haben. Sie nötigen die Handwerkskammern in einen sogenannten Kompromiss zu den Umweltzonen und rufen in der Gemeindefirtschaft das Motto „Staat vor Privat“ aus. Man fragt sich bei all dem, was der Wirtschaftsminister tut. Die Antwort ist ernüchternd: Er bestellt sich einen Ruhesessel für sein Ministerbüro. – Herr Minister, Sie müssten bei all diesen Belastungen Alarm schlagen und die Interessen von Wirtschaft und Beschäftigung vertreten. Aber es passiert nichts.

Nordrhein-Westfalen hat in den Jahren 2007 und 2008, als die Politik der christlich-liberalen Regierungen im Land und im Bund wirken konnte, beim Wachstum über dem Bundesdurchschnitt gelegen. In allen übrigen Jahren – lange zurück und bis heute – sind wir schwächer gewachsen und stärker gesunken als der Bundesdurchschnitt. Dieses Land bräuchte eine Wirtschaftspolitik, die diese Herausforderungen annimmt, und einen Wirtschaftsminister, der kämpft wie Löwe und nicht Politik macht wie Ruhesessel. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit der Landtagswahl wurde nicht nur die alte Landesregierung selbst, sondern auch die Maxime „Privat vor Staat“ beendet und abgewählt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

„Privat vor Staat“ erwies sich nicht nur als untauglich, um nachhaltiges Wachstum zu schaffen. „Privat

vor Staat“ war die Begleitmusik für die Wirtschaftsakteure, die aus Gier und warum auch immer die Zockerei betrieben haben, die die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt haben. Das ist die Grundmelodie und die Grundmentalität Ihrer Wirtschaftspolitik gewesen.

Eine Lehre aus der Krise ist: Ohne handlungsfähigen Staat, der regulieren, aber auch strukturpolitisch gegensteuern kann, drohen immer wieder schwerwiegende wirtschaftliche Krisen.

Die zweite Lehre: Die industrielle Produktion war und ist eine Grundlage unseres Wohlstandes in Nordrhein-Westfalen. Deswegen ist richtig, wichtig und klar: Nordrhein-Westfalen ist Industriestandort und bleibt Industriestandort. Gleichzeitig wissen wir, wie viel sich doch im Dienstleistungsbereich rundherum um Industrie entwickelt hat und dass die Industrie einem immerwährenden Prozess der Modernisierung unterliegt. Durch die Wissenschaftssituation und die besonderen Anstrengungen im Klimaschutz sind die Möglichkeiten in vielen Bereichen Nordrhein-Westfalens ganz besonders gut, neue Triebfedern für die industrielle Entwicklung zu sein. Unsere Industrie ist so aufgestellt, diese nutzen zu können.

Der Wirtschaftsminister hat die Lehren aus der Krise gezogen und einen Haushalt vorgelegt, der die Risiken für konjunkturelle Entwicklung mit gezielten Wachstumsimpulsen bekämpfen will und, wie ich glaube, auch bekämpfen kann. Darauf werde ich gleich inhaltlich eingehen.

2010 hat sich die Wirtschaft in NRW von ihrem tiefen Einbruch ein gutes Stück erholt. Das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens war 2010 nominal 3,8 % höher als 2009. Das Statistische Landesamt NRW hat mitgeteilt, dass dies bei Ausschaltung der Preisentwicklung ein reales Wirtschaftswachstum um 3,3 % bedeutet.

Nachdem im Vorjahr der stärkste Wirtschaftseinbruch der Nachkriegsgeschichte zu konstatieren war – 2008 und 2009 waren es in jeweiligen Preisen minus 4,4 % und preisbereinigt minus 5,6 % –, konnte Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Deutschlandweit war im vergangenen Jahr ein Wirtschaftswachstum von 4,2 % nominal bzw. 3,6 % real zu verzeichnen.

Die Exportverluste aus dem Einbruch 2008 sind ausgeglichen. Das Investitionsvolumen war 2009 knapp 23 % gegenüber 2008 zurück. Das ist noch nicht wieder aufgeholt. Die in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 prognostizierte Konjunkturentwicklung geht zwar von einer positiven Entwicklung dieser Tendenz aus; aber die Produktionslücke besteht weiterhin und muss geschlossen werden. Die Produktionslücke im Jahr 2010 hatte eine Spannweite von minus 1 % laut Bundesbank bis hin zu minus 3 % nach der OECD.

Wer meint, das Thema „Produktionslücke“ habe sich erledigt, der sei auf die Prognose des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel verwiesen. Das keineswegs keynesianisch orientierte Institut kommentiert seine Prognose für 2011 unter der Zwischenüberschrift „Risiken bleiben – bisherige Erfolge nicht überschätzen“ wie folgt:

„Bei der sehr kräftigen Expansion in diesem Jahr und den insgesamt recht günstigen Aussichten für die kommenden zwei Jahre darf nicht übersehen werden, dass zum einen die realwirtschaftlichen Krisenfolgen immer noch beträchtlich sind und dass sich das weltwirtschaftliche Umfeld nach wie vor in unsicherem Fahrwasser bewegt. So sind die Kapazitäten in Deutschland noch nicht wieder normal ausgelastet, und der Aufholprozess hat sich zuletzt merklich verlangsamt. Der Vorkrisenhöchstwert der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird wohl erst um die Mitte des kommenden Jahres erreicht – dazwischen liegen mehr als drei Jahre, in denen die Produktion zum Teil beträchtlich unter diesem Niveau lag. Der Aufholprozess bei der Arbeitsproduktivität dürfte noch länger dauern: rein rechnerisch ergibt sich eine Periode von mehr als vier Jahren, in denen keine gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerungen – die eigentliche Quelle des Wohlstandes – gehoben werden konnten.“

Das macht deutlich, dass diese Impulse gesetzt werden müssen. Wo müssen sie gesetzt werden? – Sie müssen – weil das Grundlage von Wirtschaft ist – vor allem von den kleinen und mittleren Betrieben gesetzt werden. Deswegen wird diese Landesregierung ein Handwerksprogramm auf den Weg bringen – dazu wird der Wirtschaftsminister gleich sicherlich noch nähere inhaltliche Ausführungen machen –, in dem deutlich wird, dass wir die verschiedenen Phasen im Lebenszyklus eines Unternehmens, auch in der Wachstumsphase, wo es Umbruchsituationen gibt, ernst nehmen, wahrnehmen und, entsprechende Unterstützung geben, womit wir in der Beginnphase eines Unternehmens, bei der Gründung, über die Meistergründungsprämie hinaus Impulse setzen, wie Investitionen sicherer gemacht werden können, um ein Unternehmen zu starten.

Wir werden die Unterstützung der Europäischen Union für die strukturschwachen Gebiete nutzen und klarer fokussieren. Das Thema „Gießkanne“ von Schwarz-Gelb ist vorbei. Wir werden uns stattdessen auf acht Leitmärkte konzentrieren, in denen wir die Triebfeder der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen sehen, und dort unsere Wettbewerbe, aber auch die über Wettbewerbe hinausgehenden Situationen voranbringen, um gute Projekte zu fördern und zu unterstützen.

Wichtig für Nordrhein-Westfalen – dieser Haushalt macht es deutlich – ist, Klimaschutzpolitik und Industriepolitik miteinander verzahnt zu denken und

zu gestalten. Dann haben wir große Triebfedern, die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

Dazu muss man – auch das macht dieser Haushalt deutlich – die vier wichtigen Felder im Blick haben. Dabei geht es um das Thema „Infrastruktur“, das Thema „Rohstoffe“, das Thema „Fachkräfte“ und das Thema „Kreditmittel- und Finanzmittelversorgung“. All das wird integriert gedacht und bearbeitet. Im Haushaltsentwurf 2011 ist das auch nachlesbar. Deswegen bin ich guter Dinge, dass dieser Haushalt geeignet ist, mit neuen Ideen, kraftvoll und mutig die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land zu gestalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir debattieren jetzt den Einzelplan 14, den Haushalt des Wirtschaftsministeriums. Wir tun das vor dem Hintergrund der gemeinsamen Erkenntnis, dass unser Land ein starker Wirtschaftsstandort und auch ein starkes Industrieland ist. Damit das so bleibt, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, reicht es nicht aus, das zu tun, was Sie seit Monaten tun, nämlich den Untergang des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen zu beschwören.

Noch in der vergangenen Wahlperiode haben Sie versucht, den Windkraftstandort Nordrhein-Westfalen zu schwächen. Das haben Sie auch erfolgreich getan. Sie haben darauf gesetzt, den Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen landespolitisch zu behindern. Was haben Sie getan? – Sie haben gleichzeitig dafür gesorgt, dass Aufträge in der Stahlindustrie verloren gehen, Aufträge im Anlagenbau verloren gehen, obwohl Nordrhein-Westfalen eine beträchtliche Wertschöpfung auch in der Windkraftindustrie hat, die auch dort entstanden ist.

Blockadepolitik und Innovation, meine Damen und Herren von CDU und FDP, schließen einander aber aus. Stillstand ist Rückschritt – auch in der Wirtschaftspolitik des Landes.

Darum kann man Ihnen nur sagen: Wenn Sie ernsthaft den Industriestandort Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln wollen, dann hätten Sie auch in der Vergangenheit schon monopolistische Fehlstrukturen im Energiemarkt korrigieren und dafür sorgen müssen, dass die erneuerbaren Energien zum ökologischen, aber auch zum wirtschaftlichen Zukunftsmotor in Nordrhein-Westfalen werden. Ihr

Credo „Privat von Staat“ hat aber genau in die andere Richtung geführt. Es hat dazu geführt, dass Monopolstrukturen in Nordrhein-Westfalen nicht abgebaut, sondern noch gestärkt wurden.

Die Atompolitik der Bundesregierung tut ein Übriges. Sie hat den Aufbau von Arbeitsplätzen bei den Stadtwerken und im Mittelstand viel zu lange behindert – das kann man in Studien nachweisen –, und Sie haben die Wertschöpfung bei den Stadtwerken viel zu lange im Aufbau behindert.

Was braucht Nordrhein-Westfalen, was braucht die Wirtschaft dieses Landes, was brauchen aber auch die Bürger dieses Landes?

(Ralf Witzel [FDP]: Atomkraft!)

Sie brauchen eine sichere Stromversorgung, auch wenn Sie, Herr Witzel, das nicht so sehen, sondern lieber auf Atomstrom setzen. Sie brauchen endlich Planungs- und Investitionssicherheit. Wenn man zuerst AKW-Laufzeitverlängerer und dann Ausstiegsbefürworter ist, wie das ja in Teilen Ihrer Partei inzwischen der Fall ist, dann kann man nur sagen: Ein solcher Zickzackkurs führt nicht weiter, auch wirtschaftspolitisch und industriepolitisch nicht.

Was wir stattdessen brauchen, ist ein realistisches Energiekonzept für einen schnellen Atomausstieg, Energieeffizienz, Netzausbau, Ausbau erneuerbarer Energien. Da sind die zukünftigen Potenziale zu heben, und da können Unternehmen künftig auch gewinnen. Der undifferenzierte und ängstliche Sechspunkte-Plan, den die CDU auf Bundesebene vorgelegt hat, wird dazu nicht ausreichen.

Wir wollen weg von einer einseitigen und kurzfristigen Wirtschaftspolitik lediglich zum Nutzen von wenigen, lediglich zum Nutzen von Monopolstrukturen im Energiebereich. Stattdessen wollen wir hin zu einem gesamtheitlichen Ansatz, zu einer gesamtheitlichen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, die übrigens auch die Bedürfnisse unterschiedlicher Anspruchsgruppen in Einklang bringen muss. Ich finde – in Richtung von Herrn Wüst gesagt –, auch Wirtschaftspolitik muss sich dem stellen, dass es natürlich unterschiedliche Interessenlagen in der politischen Gesamtausrichtung des Landes geben muss, beispielsweise beim Wasserentnahmeentgelt, und man diesen unterschiedlichen Bedürfnissen auch in der wirtschaftspolitischen Debatte Rechnung tragen muss.

Der Aufgabe, um die es hier geht, stellt sich CDU und FDP leider nicht oder sehr verspätet. Es ist nämlich die Grundaufgabe und die Grundfrage, wie es eigentlich gelingt, die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auf das nachfossile Zeitalter vorzubereiten. Schauen Sie, allein die wunderbaren Demokratiebewegungen im arabischen Raum zeigen einem zurzeit doch, dass es auch in der Energieversorgung im fossilen Zeitalter immer wieder Schwankungen gegeben hat und geben wird. Die kennen wir alle; die kennt man in großem Umfang auch noch aus den 70er-Jahren. Jetzt haben wir das

größere Problem, dass das Erdölzeitalter zu Ende geht, dass es notwendig ist, die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auf ressourcenleichtes Wirtschaften in einem Industriestandort umzuorientieren, und es gelingen muss, nachhaltige Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu schaffen und für die Zukunft zu halten. Das ist eine der Kernaufgaben dieses Landes. Sie verweigern sich bedauerlicherweise dieser Kernaufgabe.

Dazu braucht die NRW-Wirtschaft auch eine Personalentwicklung, die den Anforderungen eines Hochtechnologielandes künftig Genüge tut.– In Richtung von CDU und FDP, die ja immer Wirtschafts-Know-how, Wirtschaftsintelligenz für sich in Anspruch nehmen, aber an den entscheidenden Punkten keine Antworten auf die drängenden Fragen haben, sei gesagt: Es ist absolut notwendig und höchste Zeit, dass Sie endlich von der bildungspolitischen Bremse herunterkommen, auf der Sie stehen. Es ist nämlich gut, wenn der Hochschulzugang für junge Menschen aus bildungsfernen Schichten erleichtert wird, indem die Hürde „Studiengebühren“ abgeschafft wird. Es muss darum gehen, mehr Menschen zu qualifizieren. Es muss darum gehen, in Zukunft mehr qualifizierte Arbeitskräfte in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen.

(Ralf Witzel [FDP]: Mehr Qualifikation – und nicht leichtere Abschlüsse!)

Wenn Sie mal mit Wirtschaftsunternehmen sprechen würden, dann wüssten Sie auch, dass die Unternehmen Ihnen genau sagen: Wir brauchen dringend qualifizierten Nachwuchs, wir brauchen dringend Menschen, die uns zukünftig als Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Darum ist es gut, wenn die Potenziale von Kindern aus allen Schichten abgerufen, die Zugangsschwellen zum Abitur in den ländlichen Regionen abgesenkt werden und die Schule, die Gemeinschaftsschule, im Ort bleibt. Das sehen übrigens Ihre CDU-Bürgermeister in ganz ähnlicher Weise.

Beim Fachkräftemangel müssen wir also von der Bremse runter. Mit einer leichteren Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist es nicht getan. Da ist auf Bundesebene noch viel zu tun. Die Mindesteinkommensgrenze für Hochqualifizierte muss auf 40.000 € abgesenkt werden. Wir brauchen auch ein Punktesystem für qualifizierte Zuwanderung.

Nötig ist deshalb ein Mix aus Bildung, Qualifizierung und auch der Aktivierung nicht genutzter Fachkräftepotenziale. Dazu – das muss man auch deutlich sagen – wird es notwendig sein, dass die Wirtschaft dazu beiträgt, für qualifizierten Nachwuchs zu sorgen, beispielsweise durch eine qualifizierte Ausbildung.

Allein im Bausektor kann es dann möglich sein, in den nächsten drei Jahrzehnten Arbeitsplätze, beispielsweise in der Gebäudesanierung, abzusichern, ebenso in der chemischen Industrie, die Dämmstoff-

fe produziert, und im Handwerk, das in den einschlägigen Gewerken seine Auftragslage absichern kann. Dafür müsste man aber über alle Fraktionen hinweg sorgen, weil gerade im Baubereich nicht kurzfristig gedacht und nicht kurzfristig geplant werden kann, auch nicht mittelfristig. Wenn man da eine Investition tätigt, dann geht es immer um Investitionen für 20, 30, 40 Jahre.

Darum wäre es gut, wenn man über die Fraktionen hinweg – das geht auch in Richtung CDU, die ja eine große Handwerksfreundlichkeit für sich in Anspruch nimmt – gemeinsam zu einer Vereinbarung kommen könnte, in Nordrhein-Westfalen die Gebäudesanierung anzugehen und damit eine Planungssicherheit für die Wohnungsunternehmen, die investieren wollen, aber auch für das Handwerk zu schaffen. Ich lade Sie dazu ein, in einen gemeinsamen Dialog zu gehen und diese Aufgabe gemeinsam anzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Baubereich kann man, glaube ich, im Kern auch beschreiben, was Green New Deal meint und andernorts, zum Beispiel in Kalifornien, sogar Konservative begriffen haben, dass es nämlich nicht nur um eine klimapolitische, sondern auch um eine wirtschaftspolitische Herausforderung, um einen wirtschaftlichen Innovationssprung, geht.

Stattdessen sind Sie auf CDU- und FDP-Seite leider bemüht, den längst überwunden geglaubten Konflikt um Wirtschaft und Umwelt an jeder Stelle eigentlich wieder aufleben zu lassen. Wo Sie die Möglichkeit haben, versuchen Sie, das zu beschwören. Das ist ein Irrtum. Sie sind damit auf einem toten Pfad, auf einem Abstellgleis. Darum geht es in der Zukunft nicht mehr. Es geht darum, aus Umwelt und Wirtschaft ein Win-win-Team zu machen. Da werden die Arbeitsplätze entstehen. Ich lade Sie ein, in Nordrhein-Westfalen daran mitzuarbeiten. Wir werden dafür sorgen, dass Wertschöpfung in diesem Bereich im Land bleibt und nicht in anderen Ländern aufgebaut wird.

(Ralf Witzel [FDP]: So wie in Datteln!)

Das gemeinsame Credo ist: Ausgaben senken, Wirtschaftskraft und Einnahmen stärken. Wir brauchen dazu eine starke mittelständische Wirtschaft, die ein starker Partner für Ausbildung und stabile Wertschöpfung ist. Der Einzelplan 14 verankert das auch in den Haushaltsansätzen: Förderung des Mittelstands 101 Millionen €, vorgesehen in 2011. Zusammen mit dem EU-Gemeinschaftsprogramm stehen 351 Millionen € für die Förderung von Wirtschaftsentwicklung zur Verfügung. Es gibt ein Mikrodarlehensprogramm für Klein Gründungsvorhaben, es gibt die Förderung des Handwerks in 2011 und insgesamt einen steigenden Haushalt des Wirtschaftsministeriums von 3,9 auf 4 Milliarden €.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit ist klar: Rot und Grün richten in Nordrhein-Westfalen die Wirt-

schaftspolitik entlang einer nachhaltigen Linie aus, versehen mit einer starken Mittelstandsförderung. Das sind die Leitlinien der Wirtschaftsförderung des Landes. Unser Ziel ist es, damit einen Beitrag zur Herstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu leisten.

Ich zitiere ganz kurz das DIW, das für 2011 gesagt hat: Während 2008 noch die Steuereinnahmen sprudelten, muss man für 2011 einen Rückgang des Wirtschaftswachstums befürchten.

Das ist unsere Situation. Sie ist insofern noch unklar, als sich auch Japan und Fukushima auf das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht auswirken werden. Unser Interesse ist es, Investitionen zu ermöglichen, die die wirtschaftliche Stabilisierung im Land befördern und es uns ermöglichen, wieder an das Niveau von 2008 anzuschließen, das wir immer noch nicht erreicht haben. – Besten Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneckenburger. – Für die Fraktion der FDP spricht der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Belegs bedurfte hätte, dass die rot-grüne Landesregierung nicht in der Lage ist, das Land mit der notwendigen Professionalität zu regieren, ist dieser Beweis eben in der vor dieser Plenarsitzung durchgeführten Sondersitzung zu den angeblich verschwundenen Brennelementekugeln im Forschungszentrum Jülich erbracht worden.

(Beifall von der FDP)

Bereits letzte Woche räumte Staatssekretär Horzetzky in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses ein – ich zitiere aus dem Protokoll –: Es gibt Anlass, Informations- und Kommunikationsprozesse zu optimieren. – Das sagt die Landesregierung selbst.

Das ist aber, ehrlich gesagt, eine äußerst freundliche Umschreibung dafür, dass in der Landesregierung das schiere Chaos herrscht. Nicht einmal ein Jahr im Amt müssen wir leider feststellen: Herr Minister Voigtsberger ist offensichtlich damit überfordert, ein Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr mit zehn Abteilungen und 600 Mitarbeitern zu führen. Das Vertrauen der nordrhein-westfälischen Unternehmen in die Wirtschaftspolitik des Landes ist zutiefst erschüttert.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Führende Vertreter der NRW-Wirtschaft beschwerten sich öffentlich über die Wirtschafts- und Industriepolitik der Regierung Kraft. In dieser Form hat es das noch nie gegeben. Ich bringe einige Beispiele:

Zitat: Es sei zu bedauern, dass wir zurzeit eine Landesregierung haben, die sich über die Zukunftsfä-

higkeit von Nordrhein-Westfalen als Wirtschaftsstandort offensichtlich überhaupt keine Gedanken macht.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das war 2008, oder?)

Klare Bekenntnisse zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen höre man von der neuen Landesregierung nie oder nur selten.

Das war ebenfalls ein Zitat aus der Wirtschaft; alles in den Zeitungen nachlesbar.

Ein weiteres Zitat: Noch keine Landesregierung, noch kein Wirtschaftsminister haben es geschafft, das Verhältnis zur Industrie so schnell zu zerrütten, wie Harry K. Voigtsberger.

Und noch on the top: Zur alten Landesregierung – Herr Kollege Eiskirch – hätte es einen guten Kontakt gegeben. Diesen Meinungs austausch habe die neue Regierung nie aufgenommen. Sie wollten gar nicht mit uns reden. Denn es sei egal, was die Wirtschaft denkt, Hauptsache, wir zahlen unsere Steuern.

Herr Minister Voigtsberger, wenn sich Vertreter von Industrieunternehmen und mittelständischen Unternehmen mit so deutlichen Worten an die Öffentlichkeit wenden, muss man sich selbstkritisch fragen: Bieten nicht nur die Informations- und Kommunikationsprozesse Anlass zur Optimierung, sondern vielleicht auch die gesamte Wirtschafts- und Mittelstandspolitik?

(Beifall von der FDP – Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

In Ihrem Wirtschaftsbericht 2011 schreiben Sie: Die Wirtschaftspolitik wird die Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk verbessern. Man sei gefordert, die notwendigen Freiräume für die kleineren und mittleren Unternehmen zu schaffen.

Was haben Sie in Ihrer bisherigen Amtszeit getan, um den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen neue Freiräume zu schaffen? – Auch nach intensiven Recherchen muss ich sagen: Nichts! Oder wollen Sie etwa die Reform des Gemeindefinanzrechts als eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk verkaufen,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Absolut!)

dass jetzt die Stadtwerke den kleinen Mittelständlern Konkurrenz machen und mittlerweile sogar Fahrräder und Glühbirnen verkaufen? – Wohl kaum. Denn damit haben Sie den kommunalen Unternehmen Tür und Tor geöffnet, um in die Geschäftsfelder der kleinen und mittelständischen Wirtschaft einzudringen und dem Handwerk die Aufträge wegzunehmen.

Es ist schon bemerkenswert, dass es nach Vorlage Ihres 80-seitigen Jahreswirtschaftsberichts nur exakt einen Presseartikel dazu gegeben hat. Bei der

großen öffentlichen Veranstaltung zur Vorstellung des Plans ist ein Großteil der Wirtschaftsvertreter schon während der Ausführungen des Ministers gegangen, so enttäuschend waren die.

Noch bemerkenswerter ist die inhaltliche Botschaft, die Sie gebracht haben: Voigtsberger bekräftigt seine Pläne, in Nordrhein-Westfalen nach dem Ende des subventionierten Steinkohlenabbaus 2018 ein Referenzbergwerk für wissenschaftliche Zwecke zu erhalten. – Ist das alles, was Sie an Ideen für die Zukunft Nordrhein-Westfalens zu bieten haben? Neue Steuermittel für ein Steinkohlenbergwerk?

Dankenswerterweise hat Kollege Priggen direkt reagiert und klargestellt, was davon zu halten ist – Herr Kollege Priggen, da bin ich bei Ihnen –, nämlich nichts. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart, keine Landesmittel für den Bergbau auszugeben. Das gelte auch für ein Forschungsbergwerk.

Wenn man sich die Wirtschaftskapitel des von Ihnen zur verantwortenden Haushaltsplans anschaut, stellt man fest, dass sich gegenüber dem letzten schwarz-gelben Haushalt wenig – eigentlich fast gar nichts – geändert hat. Die Ansätze sind weitestgehend fortgeschrieben worden. Neue Akzente, wie angekündigt, sucht man vergebens. Das ist, ehrlich gesagt, auch gut so. Denn schließlich haben wir als Koalition Ihnen mit dem Haushaltsentwurf 2010 eine ausgezeichnete Vorlage geliefert.

Meine Damen und Herren, eine erfolgreiche Wirtschafts- und Mittelstandspolitik lässt sich auch nicht an den einzelnen Stellen im Haushaltsansatz ablesen; denn die Unternehmen in diesem Land, gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen, wollen eben keine staatlichen Subventionen, sondern vernünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Doch wenn der Wirtschaftsminister selbst schon keine entsprechenden Initiativen startet, kann man doch erwarten, dass er sich bei Maßnahmen seiner Kabinettskollegen, die dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nachweislich schaden, für die Interessen der Unternehmerinnen und Unternehmer einsetzt. Aber, wo war denn der Wirtschaftsminister, als der Innen- und der Finanzminister die verfassungsrechtlich höchst bedenkliche Bettensteuer landesweit zugelassen und sie den Kommunen auch noch als richtigen Weg empfohlen haben?

(Zustimmung von der SPD)

Meine Damen und Herren, er ist abgetaucht. Jetzt kommt die Quittung dafür. Während sich die Hotellerie in allen anderen Städten im Aufwind befindet, geht es in den Städten mit Bettensteuer bergab. Gerade sind die neuen Zahlen erschienen – Herr Finanzminister, hören Sie gut zu; denn Ihre Heimatstadt ist dank Ihrer Empfehlung leider auch dabei –: In Duisburg sank die Anzahl der Übernachtungen im Dezember um 18,6 % und im Januar um 23 % gegenüber dem Vorjahr, während landesweit ein

Anstieg um knapp 10 % zu verzeichnen ist. Die Hotellerie in Duisburg ruft klar zum Widerstand auf. Sie informiert alle ihre Gäste über diese verfehlte Politik, die – wie auch im Landtag – von SPD, Grünen und Linken so getragen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Herr Finanzminister, Sie wollten es ja unbedingt in Köln so haben. In Köln ging der Umsatz des Hotelgewerbes in den ersten beiden Monaten des Jahres um 6,4 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Meine Damen und Herren, zum Vergleich: In Düsseldorf und Bonn dagegen verzeichneten die Hotels ein Umsatzplus von 20,6 % und 17,8 %.

(Martin Börschel [SPD]: Sie wissen, dass die Zahlen nicht stimmen! Das ist Propaganda! Auf welche Zahlen beziehen Sie sich denn?)

– Also, Herr Kollege, wenn die Zahlen nicht stimmen, dann hat „Ihr“ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik hier völlig versagt. Dann würde ich dort mal aufräumen, wenn Ihre Behauptungen stimmen.

Meine Damen und Herren, der Dehoga sagt hierzu ...

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Hören Sie gut zu. Es betrifft nämlich Ihren Ort, Herr Börschel. Sie haben das dort zu verantworten.

(Martin Börschel [SPD]: Ja!)

Der Dehoga sagt:

„Wir sehen unseren Kongress- und Tagungsmarkt bereits in andere Städte abwandern, nehmen als Hotellerie und Gesamtstandort Köln am allgemeinen Wirtschaftsaufschwung nicht teil und verlieren Marktanteile in unseren stärksten Bereichen.“

Meine Damen und Herren, damit ist genau das eingetreten, wovon wir und zahlreiche Sachverständige in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses gewarnt haben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Und was unternimmt der hier für Gastgewerbe und Tourismus zuständige Minister? – Er macht wieder nichts.

Ein weiteres Beispiel: das Wasserentnahmeentgelt. Die betroffenen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen laufen Sturm gegen diese Sondersteuer. Geplant ist eine drastische Erhöhung um 39 % pro Kubikmeter Wasser. Bei der Kühlwassernutzung liegt die Erhöhung sogar bei 67 % pro Kubikmeter. Tritt die Erhöhung in Kraft, werden sich wasserintensive Betriebe künftig einen Standort rheinaufwärts, in Hessen oder in Rheinland-Pfalz, suchen, wo es diese Zusatzbelastungen eben nicht gibt. Bei der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschus-

ses in der letzten Woche gab es vernichtende Kritik an dem rot-grünen Gesetzentwurf.

Und was unternimmt der für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zuständige Minister, um Wettbewerbsnachteile für die hiesigen Betriebe zu verhindern? –

(Ralf Witzel [FDP]: Nichts!)

Nichts.

Und noch ein Beispiel, meine Damen und Herren: das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011. Darin ist eine Erhöhung der fiktiven Hebesätze für die Grundsteuer A, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer enthalten. Damit drohen in diesem Jahr in gut drei Viertel aller NRW-Kommunen Steuererhöhungen – Steuererhöhungen, für die diese Landesregierung verantwortlich ist. Sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen werden hier zusätzlich belastet.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dietmar Brockes (FDP): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, mit diesen in NRW im Bundesvergleich höchsten fiktiven Gewerbesteuerhebesätzen werden die Gewerbeabwanderungen nach Hessen und Rheinland-Pfalz – bei Rheinland-Pfalz bin ich mir nicht ganz sicher – und vor allem in die Grenzregionen schon heute festzustellen sein.

Und was macht der hierfür zuständige Minister? – Wieder nichts.

Meine Damen und Herren, ich könnte diese Liste ...

(Unruhe von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dietmar Brockes (FDP): Meine Redezeit ist leider zu Ende. Aber, Herr Minister, beginnen Sie endlich, sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, für die Beschäftigten und für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, für die kleinen und mittelständischen Betriebe in diesem Land einzusetzen. Und wenn Sie es schon nicht in Ihrem eigenen Haus schaffen, sorgen Sie dafür, dass die Landesregierung nicht noch weiter den Mittelstand malträtiert. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die Fraktion Die Linke hat das Wort der Abgeordnete Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Land Nordrhein-Westfalen verliert den Anschluss an die Wachstumsdynamik in Deutschland. Welche Art von Wachstum wünschenswert ist und welche nicht, werde ich noch ausführen.

Tatsache ist: NRW wird abgehängt. Das können Sie unschwer schon daran erkennen, dass Nordrhein-Westfalen auch dieses Jahr abermals Empfängerland im Rahmen des Länderfinanzausgleiches sein wird. Die Tatsache, dass NRW nicht im modernen Sinne des Wortes wirtschaftliche Dynamik aufweist, ist schlecht für das Kapital.

Nun können Sie einwenden, dass das uns Linken ja egal sein könnte. Es ist aber auch schlecht für die Menschen, schlecht für den Abbau der nach wie vor massenhaften Erwerbslosigkeit, für die Steigerung der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung, für das Zurückdrängen von Verarmung.

Im Koalitionsvertrag stellen SPD und Grüne zutreffend fest, dass es den Städten mit besonderen strukturellen Problemen nicht vermittelbar sei, warum 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die Ergänzungszuweisungen des Bundes weiterhin nur nach Himmelsrichtung und nicht nach Bedürftigkeit zur Verfügung gestellt werden.

In dieser Frage sind wir bei Ihnen. Die pauschale Förderung der östlichen Bundesländer muss der gezielten Förderung strukturschwacher Regionen weichen.

(Beifall von der LINKEN)

Regionen im Westen, die beim Strukturwandel mehr oder weniger auf der Strecke geblieben sind, müssen ebenso einbezogen werden wie entsprechende Regionen in den östlichen Bundesländern. Da können wir uns bundesweit gemeinsam für eine gute Sache einsetzen, die nicht nur mehr Gerechtigkeit bringt, sondern auch für das Land NRW von Vorteil wäre.

Weiter heißt es im Koalitionsvertrag – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Diese Situation erfordert eine breit getragene politische Initiative des Landtages und der Landesregierung, darauf hinzuwirken, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit besonderen strukturellen Problemen zukünftig wie vergleichbare Kommunen in ostdeutschen Ländern behandelt werden.“

Ich frage die Landesregierung: Wo ist diese Initiative?

(Beifall von der LINKEN)

Oder wollen Sie bis zum Jahre 2019 warten, wenn der aktuell gültige Solidarpakt II ausläuft? Lassen Sie uns nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir

Linken werden aufmerksam verfolgen, ob die Regierung der Grünen und der SPD in Baden-Württemberg bereit ist, den bestehenden Solidarpakt im Sinne der Solidarität mit strukturschwachen Regionen aufzuschnüren. Die aktuellen Äußerungen von Herrn Kretschmann lassen nichts Gutes ahnen.

(Beifall von der LINKEN)

So hat die designierte Regierung angekündigt, in einer neuen Föderalismuskommission III den Länderfinanzausgleich zwischen den Ländern neu regeln zu wollen. Offenkundig will das reiche Baden-Württemberg auch unter grüner Führung nicht abgeben und teilen. Ich frage sie, werte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen:

(Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Ist das die Praxis des so genannten „New Green Deal“?

Die Probleme brennen uns jetzt auf den Nägeln. Wir müssen endlich in die regionale Wirtschaftsstruktur investieren. Wir brauchen eine deutliche Verstärkung der gezielten Strukturpolitik auf Landesebene.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen Regionen, die beim tiefgreifenden Strukturwandel in den letzten Jahrzehnten zu Verlierern gemacht worden sind. Nehmen Sie als Beispiel Teile des Ruhrgebiets wie Bottrop, Dortmund, Gelsenkirchen oder Herne. Da gibt es einen riesigen Nachholbedarf. Diese Regionen brauchen jetzt und nicht erst 2019 Unterstützung.

(Beifall von der LINKEN)

Daher braucht Nordrhein-Westfalen für zukunftsfähige Arbeitsplätze ein sozialökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm. Im Einzelplan 14 sind hiervon nicht einmal Ansätze zu sehen. Einzig Die Linke hat Forderungen vorgelegt. Hätten wir gewusst, in welchem starkem Maße die Steuermehreinnahmen sprudeln, wären unsere Ausgabenschwerpunkte nicht auf die Bereiche Kommunen, Bildung und Soziales beschränkt geblieben. Wir hätten im Einzelplan 14 die Grundelemente und Anforderungen an ein sozialökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm dargestellt.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist ein Skandal, Herr Minister, diese Mehreinnahmen nicht für die drängenden Zukunftsaufgaben zu verwenden, sondern für die Konsolidierung des Haushaltes.

(Beifall von der LINKEN)

Ich frage die Regierung: Wo sind die Investitionen in sinnvolle Arbeiten, mit denen endlich der dringend erforderliche sozialökologische Umbau unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Angriff

genommen wird? Der Einzelplan 14 ist eine einzige Enttäuschung. Die dringend nötigen Impulse fehlen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich komme nun zu Ihren Sünden, werte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien. Ich meine jetzt nicht Ihre Tugenden, die Ihnen von CDU und FDP als Sünden angekreidet werden, sondern Ihre wirklichen Sünden.

Es ist zum Beispiel ein Skandal, die Mittel der Gemeinschaftsgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur nicht zu erhöhen, wie wir Linken das fordern. Wir verlangen für diese Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land eine Mehrausgabe von 20 Millionen €, um Arbeitsplätze zu sichern, den Investitionsstau aufzulösen und dringende Aufgaben anzupacken.

(Beifall von der LINKEN)

Die Gelder der Gemeinschaftsaufgabe kommen in Nordrhein-Westfalen insbesondere der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur zugute. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass wir Linken die Einzigen im Landtag von Nordrhein-Westfalen sind, die bereit sind, den Landesanteil an den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zu erhöhen.

(Beifall von der LINKEN)

CDU und FDP lassen einmal mehr die eigene Klientel im Regen stehen.

Ein zentrales Element jeder regionalen Strukturpolitik ist die Förderung gewerblicher Investitionsvorhaben. Letztlich ermöglichen wir damit kapitalistischen Unternehmungen die Steigerung ihrer Profite. Seien Sie unbesorgt: Wir wollen uns das Geld auch wiederholen. Schauen Sie sich die steuerpolitischen Forderungen der Linken an! Allein 40 Milliarden € Steuermehreinnahmen brächte ein angemessener Körperschaftsteuersatz von 25 %.

Wer Wachstum und Beschäftigung will, muss auch Profite in Kauf nehmen. Diese müssen aber durch deutliche Lohnsteigerungen und angemessene Besteuerung wieder abgeschöpft werden.

(Beifall von der LINKEN)

Es gibt in diesem Land kein Grundrecht auf Luxuskonsum, aber sehr wohl ein Recht auf Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Welch ein Armutszeugnis für die Wirtschaftspolitik der Landesregierung, dass seit Juli 2010 beim regionalen Wirtschaftsförderprogramm ein Antragsstopp bei der Förderung der gewerblichen Investitionsvorhaben verhängt wurde! Dieser Förderstopp ist Ausdruck einer verhängnisvollen, grundfalschen Konsolidierungslogik.

CDU und FDP machen das noch nicht einmal zum Thema. Sie behaupten doch immer, etwas für den Mittelstand zu tun und viel für die Tatkräftigen im Lande übrig zu haben. Aber kein Wort darüber!

Meine Damen und Herren von den Altparteien! Schauen Sie sich doch bitte einmal die Evaluation der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ durch Professor Bade von der TU Dortmund an. Die Kurzfassung gibt es auch als Wochenbericht Nummer 5/2011 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die Wissenschaftler haben die gewerbliche Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe untersucht. Die Ergebnisse sind eindeutig: Die Beschäftigung konnte signifikant gesteigert werden. In den geförderten Betrieben stieg die Beschäftigung von 1999 bis 2008 im Jahresdurchschnitt um 4,6 %. In den nicht geförderten sank sie hingegen um 3 %. Gefördert werden vor allem technologieintensive Betriebe und solche, die expandieren. Der größte Teil der geförderten Betriebe gehört zum verarbeitenden Gewerbe. Ich empfehle allen Fraktionen: Lesen Sie den Evaluationsbericht und überdenken Sie dann noch einmal Ihr Abstimmungsverhalten im Ausschuss!

(Beifall von der LINKEN)

Genauso kurzsichtig ist die Ablehnung der Erhöhung des Ansatzes um gerade einmal 2 Millionen € im Programm Forschung, Innovation und Technologie. Das Programm leistet einen unverzichtbaren Beitrag insbesondere zur Stärkung der Innovationskraft, der Grundlagenforschung, der industriellen Forschung und des Technologietransfers. Zur Sicherung von nachhaltigem Wachstum und zukunftsfähiger Beschäftigung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen muss der Ansatz deutlich erhöht werden.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Brockes zulassen?

Michael Aggelidis (LINKE): Aber bitte.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Brockes, bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Aggelidis, vielen Dank, dass Sie mir die Möglichkeit zu einer Zwischenfrage geben. – Sie kritisieren gerade das Abstimmungsverhalten von CDU und FDP zum Haushaltsentwurf im Ausschuss. Kann ich daraus entnehmen, dass Sie seitens der Linksfraktion gleich dem Haushaltsentwurf von Rot-Grün Ihre Zustimmung geben werden?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Kollege Brockes, ich bitte Sie: Lassen Sie uns doch nicht solche Spiegelfechtereien betreiben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ja, was denn?)

Wir haben jetzt doch ganz klar gesagt, was wir an dem Bereich Wirtschaft kritisieren. Vielleicht sollten Sie sich einmal auf eine Sachdebatte mit mir darüber einlassen, warum Sie die Förderung der gewerblichen Wirtschaft nicht wollen und warum wir das wollen. Das ist doch eine absurde Diskussion, die wir hier führen.

(Beifall von der LINKEN – Dietmar Brockes [FDP]: Dann müssen Sie ja zustimmen, wenn Sie das sagen!)

– Wir sagen ja, dass das hinten und vorne nicht ausreicht. Das sagen wir doch.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann lehnen Sie es ab!)

Clusterpolitik, Technologietransfer und regionale Strukturpolitik gehören zusammen. Der Bereich Wirtschaft im Einzelplan 14 zeigt: Nordrhein-Westfalen ist hier zu schwach aufgestellt. Die Landesregierung senkt lieber die Nettoneuverschuldung, als in die Zukunft zu investieren. Die Logik der Haushaltskonsolidierung geht auch hier zulasten der Innovationskraft der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Folge wird eine abermalige Abschwächung der Wachstumsdynamik sein. Die ersten Zahlen gehen jetzt auch schon durch die Presse.

Wer – wie wir Linke – den Finanzmarktkapitalismus ablehnt und bekämpft, muss Investitionen in die Realwirtschaft fördern. Nur so können wir die strukturelle Überakkumulation und die daraus resultierende Speisung des globalen Spekulations-Kasinos verhindern.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist die moderne Lenkungsaufgabe der öffentlichen Hand.

Die Gemeinschaftsaufgabe leistet hierfür anschaulich einen Beitrag. Jeder in Zukunftsinvestitionen, in Investitionen, die das Produktionspotenzial steigern, investierte Euro generiert ein Vielfaches an Wirtschaftskraft. Intelligente Wirtschaftspolitik füttert die kapitalistische Milchkuh durchaus. Sie vergisst aber dann das Melken nicht.

Die Investitionsförderungsprogramme zeigen die Notwendigkeit der Investitionssteuerung. In Zukunft müssen die Vergabekriterien noch viel stärker auf den sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft ausgerichtet werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, bevor ich zu meinem Haushalt komme, ein paar Anmerkungen zu Herrn Wüst, den ich jetzt nicht sehe, und zu Herrn Brockes.

Herr Wüst und Herr Brockes, ich verstehe ja, dass Sie bei einer Haushaltsdebatte die Regierung nicht loben können. Das ist klar. Parlamentarisch gibt es da ein Ritual. Das ziehen Sie jetzt durch.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wenn es einen Grund gäbe, würde ich Sie auch loben!)

Ich kann Ihnen aber eines sagen: Schauen Sie doch einmal in die Medien. Schauen Sie einfach in die Presse. Der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen geht es so gut wie nie.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ach! – Karl-Josef Laumann [CDU]: Aber im Haushalt gehen Sie von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aus!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nur einige Schlagzeilen aus den letzten Tagen, zum Teil sogar von gestern, nennen: Mittelstand fühlt sich so wohl wie nie.

(Ralf Witzel [FDP]: Das liegt an Ihnen, oder was?)

– Das ist die Pressemitteilung von gestern. – Handwerk verzeichnet beste Stimmung seit 1990.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Nein, das ist die Aussage von Handwerkskammerpräsident Schulhoff: beste Stimmung seit 1990.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Laumann zulassen?

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Nein, ich möchte das jetzt einmal en bloc darstellen; denn ich denke, dass es nur dann Wirkung hat. – Der ifo-Geschäftsklimaindex liegt seit Beginn dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen regelmäßig über dem Durchschnitt des Bundes. Hier wurden gerade Szenarien aufgestellt, als ständen wir in Nordrhein-Westfalen kurz vor dem Zusammenbruch. Über dem Durchschnitt des Bundes ist der ifo-Geschäftsklimaindex hier seit Beginn dieses Jahres!

Meine Damen und Herren, eine Rekordzahl jagt die andere. Dass es so rund läuft, hat auch etwas mit dieser Landesregierung zu tun.

In Bezug auf die berühmten Aussagen zu den Kontakten zur Wirtschaft kann ich Folgendes feststellen: Die Wirtschaftskontakte der Landesregierung sind exzellent. In den über 200 Unternehmensbesuchen und Wirtschaftsgesprächen wird mir dies im Prinzip auch jeden Tag bestätigt.

Wenn ich Sie so höre, habe ich schon den Eindruck, dass Sie in einem völlig anderen Land leben. Sie skizzieren hier ein Bild, das der Realität nicht einmal ansatzweise entspricht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Herr Brockes, kommen Sie doch einfach einmal nach Nordrhein-Westfalen. Schauen Sie sich an, wie es hier läuft. Dann haben Sie vielleicht ein anderes Bild. Sie schweben in völlig anderen Szenarien. Oder sprechen Sie doch mit der Wirtschaft selbst. Ich habe bisher nicht erlebt, dass ich vonseiten der Wirtschaft groß auf Sie angesprochen worden bin.

(Heiterkeit von Martin Börschel [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt aber zum Haushalt kommen.

Trotz der beachtlichen konjunkturellen Erholung ist die Finanzsituation durch die Nachwirkungen der Krise gekennzeichnet. Die Risiken für die konjunkturelle Entwicklung bleiben unverändert hoch. Das wissen wir, so gut sich die Entwicklung zurzeit auch darstellt; denn mit der guten Entwicklung im letzten Jahr haben wir den tiefen Einbruch aus dem Jahr 2009 erst wieder zur Hälfte aufgeholt. Umso wichtiger ist es, dass wir die konjunkturelle Entwicklung auch durch staatliche Wachstumsimpulse gezielt weiter stabilisieren.

Neben der Schaffung der Rahmenbedingungen für eine weltweit wettbewerbsfähige NRW-Wirtschaft verstehen wir es auch als eine Verpflichtung, wesentliche und existenzielle Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger des Landes zu befriedigen. Beispielhaft sind hier die Schaffung von gutem und bezahlbarem Wohnraum sowie die Bereitstellung sicherer Mobilität für eine Vielzahl von Menschen zu nennen.

Der Gesamtetat meines Hauses beträgt für das Haushaltsjahr 2011 rund 4 Milliarden € und ist damit auf leicht erhöhtem Niveau des Jahres 2010 fortgeschrieben worden. Es trifft also nicht zu, dass hier alles gekürzt und zusammengestrichen wird und dass in diesem Land nichts mehr stattfindet. Schauen Sie einfach nur in den Haushalt. Dann sehen Sie doch, dass wir mehr tun als im letzten Jahr. Insoweit ist auch dieses Argument nicht haltbar.

Ich komme zu den einzelnen Feldern, und zwar zunächst zum Bereich „Handwerk und Mittelstand“, der mir ein besonderes Anliegen ist.

Für die Förderung des Handwerks stehen 2011 mehr als 2,7 Millionen € bereit. Schwerpunkte der Fördermaßnahmen sind hier die Unternehmensberatungsstellen bei den Handwerkskammern und Landesinnungsverbänden sowie die institutionellen Förderungen des Deutschen Handwerksinstituts und der Landes-Gewerbeförderstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks.

Auch für die Meistergründungsprämie zur Förderung der Existenzgründung im Handwerk stehen – wie im Vorjahr – 6 Millionen € bereit, also Fördermittel für ca. 800 Anträge.

Neben rund 20 regionalen Gründertagen wird auch im Jahr 2011 die Start-Messe in Essen das zentrale Gründungsereignis in Nordrhein-Westfalen sein.

Durch die landesweite Umsetzung des Mikrodarlehenprogramms des Landes für Klein Gründungsvorhaben mit einem Kapitalbedarf zwischen 5.000 und 25.000 € wird zudem Existenzgründerinnen und -gründern eine Chance gegeben, die aufgrund sonstiger fehlender Sicherheiten keinen Kredit von ihrer Hausbank erhalten würden.

Zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen sollen verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ein Schwerpunkt der Mittelstandspolitik wird im Jahr 2011 die Erarbeitung eines Mittelstandsgesetzes NRW sein, das im Dialog mit allen relevanten Verbänden erarbeitet wird.

Mit dem Beratungsprogramm „Wirtschaft“ steht Existenzgründerinnen und -gründern weiterhin ein erfolgreiches Förderangebot zur Verfügung, das darauf abzielt, die Qualität und Bestandsfestigkeit von Gründungen zu steigern. Das Programm wird in 2011 mit Ziel-2-Mitteln aus dem Strukturfonds EFRE der Phase IV 2007 bis 2013 landesweit fortgesetzt.

Der Krisenprophylaxe von kleinen und mittleren Unternehmen dient die Beratungsförderung im Rahmen des regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms. Hierfür stehen in 2011 wiederum etwa 1,4 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werden die Mittel wieder dem Niveau der vorangegangenen Jahre angeglichen. Für neue Bewilligungen stehen damit immer noch 48,5 Millionen € zur Verfügung.

Die erfolgreichen Wettbewerbsverfahren im Rahmen des Ziel-2-Programms werden fortgesetzt, wobei die Abläufe und die anschließenden Antrags- und Bewilligungsverfahren verbessert und sukzessive vereinfacht werden sollen. Die Wettbewerbe der neuen Landesregierung sollen sich zukünftig auf acht Leitmärkte – bisher waren die Wettbewerbe auf 16 Cluster und mehrere Querschnittsthemen verteilt – kon-

zentrieren und inhaltlich vor allem auf Cross-Innovationsthemen ausgerichtet werden.

NRW ist an zwei Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit „Ausrichtung A“ beteiligt. Das Programmvolumen beträgt zusammen 437 Millionen €. Der Schwerpunkt der Projekte liegt auf Wachstum, Beschäftigung, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Technologie, Innovation und Nachhaltigkeit.

Mit der interregionalen Zusammenarbeit „Ausrichtung C“ sollen die Politiken und Instrumente für Regionalentwicklung und Kohäsion im gesamten Gebiet der Europäischen Union durch Vernetzung effizienter gestaltet werden. Das Volumen der Projekte mit NRW-Beteiligung beläuft sich auf rund 16 Millionen €.

Ich komme noch zur Außenwirtschaft und zum Standortmarketing. Die hier veranschlagten Haushaltsmittel für die Außenwirtschaftsförderung von 5,2 Millionen € und für das Standortmarketing von 11,8 Millionen € dienen der Erhaltung von Marktanteilen im Aus- und Inland und dadurch dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Schwerpunkt ist die Pflege der Beziehungen zu den Partnerstaaten innerhalb der EU und zu den sogenannten BRIC-Ländern – Brasilien, Russland, Indien, China – sowie die Präsentation Nordrhein-Westfalens mit Gemeinschaftsständen auf internationalen Leitmesse innerhalb Deutschlands.

Die NRW.INVEST GmbH erhält zur Unterstützung ausländischer und deutscher Unternehmen bei Investitionsprojekten und Ansiedlungen in NRW 2011 eine institutionelle Förderung in Höhe von 11,8 Millionen €. Hierin enthalten sind die Mittel für die Durchführung einer neuen internationalen Standortmarketingkampagne.

Als Letztes noch zu den Kohlehilfen. Der veranschlagte Anteil des Landes am im Jahr 2011 auszahlenden Kohleplafonds 2010 von 408 Millionen € trägt der Kürzung des Bundesanteils 2011 in Höhe von 200 Millionen € Rechnung. Der Bund hat zur Kürzung der Kohlehilfen in 2011 auf die höheren Erlöse der RAG AG aufgrund der gestiegenen Drittlandkohlepreise auf eine zu erwartende entsprechende Entwicklung im nächsten Jahr verwiesen. Damit wird das Ganze begründet.

Meine Damen und Herren, das waren die Ausführungen zum ersten Teil. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Das bleibt auch so. Wir debattieren gerade den Einzelplan 14 des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und

Verkehr und haben damit den Teil „Wirtschaft und Mittelstand“ abgeschlossen.

Ich rufe den

Teilbereich Energie

auf und erteile hierzu als erstem Redner dem Kollegen Lienenkämper für die CDU-Fraktion das Wort.

Lutz Lienenkämper (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen. Zunächst einmal darf ich mich herzlich bedanken, Herr Minister Voigtsberger, für die ehrliche Bestandsaufnahme, die Sie gerade gemacht haben. Sie haben gesagt: Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen boomt. Die Entwicklung ist hervorragend. Es gibt eine tolle Presse über diese wunderbare Entwicklung in der Wirtschaft. – Und gleichzeitig geht Ihre Landesregierung her und sagt: Die horrenden Neuverschuldung in diesem Haushaltsentwurf ist begründet durch die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

(Lachen von der FDP)

Herzlichen Dank für diese Ehrlichkeit!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir schicken Ihrem Finanzminister das Protokoll Ihrer Rede.

(Dietmar Brockes [FDP]: Für Münster einrahmen!)

Ich denke, es wird ihn belehren, dass das Gleichgewicht nicht nur nicht gestört ist, sondern dass es der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen gut geht.

Dann danke ich ausdrücklich auch für den Hinweis, Herr Minister Voigtsberger, wir sollten einmal in die Presse schauen. Das haben wir getan, vor einigen Wochen besonders gerne. Da fand ich zugegebenermaßen einen etwas unfairen Artikel, aber die Überschrift war trotzdem schön. Da stand: Das unmögliche Ministerium. – Danach stand eine Menge, was vielleicht nicht alles Ihnen gegenüber fair war, aber vieles war trotzdem richtig. Wir haben also in die Presse geschaut – danke für den Hinweis – und haben da einiges gelernt.

Wir lernen auch, wenn wir in die Presse gucken, dass die Energiepolitik der Landesregierung falsch ist. Sie ist einseitig und deswegen nicht ausgewogen.

Klimaschutz, meine Damen und Herren, ist natürlich wichtig. Wir alle haben uns zu ambitionierten Klimaschutzzielen verpflichtet, in einem eigenen Konzept schon die alte Landesregierung unter Ministerin Christa Thoben, die Bundesregierung, Europa und natürlich auch Nordrhein-Westfalen. Das ist richtig,

und deswegen müssen wir erneuerbare Energien ausbauen. Wir müssen Klimaschutz ausbauen und weiter fördern. Das ist alles völlig richtig.

Aber, meine Damen und Herren, Klimaschutz kann in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen nicht über allen anderen Zielen der Energiepolitik stehen. Klimaschutz ist ein wichtiges Ziel. Aber wenn wir industrielle Arbeitsplätze erhalten wollen, wenn wir wollen, dass energieintensive Industrien in Nordrhein-Westfalen bleiben, ihre Wertschöpfung weiter in Nordrhein-Westfalen erzielen, wenn wir sogar wollen, dass noch andere energieintensive Unternehmen nach Nordrhein-Westfalen kommen, dann müssen wir auch die Frage beantworten: Welche Standortvoraussetzungen gibt es für die eigentlich? – Diese Frage ist von der Landesregierung zunächst einmal negativ beantwortet worden; denn das Umweltministerium hat einen Entwurf für ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, der letztlich einen Morgenthauptplan für unser Land Nordrhein-Westfalen bedeutet,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

der die Deindustrialisierung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht, der den Industrie- und Energiestandort Nordrhein-Westfalen gefährdet und deswegen völlig inakzeptabel ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Klimaschutz ist wichtig, aber Klimaschutz steht nicht über allem.

Falsch ist übrigens auch der immer wieder unternommene Versuch, doch noch die Verlängerung der Subventionierung der Steinkohle zu diskutieren und zu erreichen. Wenn ich mir den Haushalt angucke, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann bin ich froh, dass die Subventionen heruntergehen, dann bin ich froh, dass wir diese Subventionen 2018 auf null fahren können, dann bin ich froh, dass das im Konsens gelungen ist. Daran müssen wir festhalten, damit wir mehr Gestaltungsspielraum für Forschung und Entwicklung bekommen, damit wir unser Land nach vorne bringen. Eine Rolle zurück ist in dieser Situation völlig falsch. Deswegen akzeptieren wir auch diese Diskussion überhaupt nicht.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen eine Stabilisierung dieses Kompromisses in Brüssel und mit Brüssel. Deswegen ist es richtig, dass die Revisionsklausel, die für 2012 hineingeschrieben worden ist, jetzt fällt. Das war notwendig, das war ein wichtiges Zeichen Richtung Brüssel. Keiner, der sich mit den Preisen beschäftigt, kann doch ernsthaft davon ausgehen, dass die selbstproduzierte Steinkohle in absehbarer Zeit wettbewerbsfähig und wirtschaftlich wird – bei aller Euphorie in unserer breiten Energiedebatte: damit rechnen jedenfalls alle ernstzunehmenden Experten nicht. Deswegen ist das auch für die Zukunft Nordrhein-Westfalens nicht vernünftig.

Auch das, was Sie zu Datteln machen, ist völlig falsch. Sie entziehen sich der Verantwortung. Es ist richtig, dass Sie keine Kraftwerke bauen und auch keine abreißen. Aber dieses Land und vor allen Dingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten schon einen Anspruch darauf, wenigstens politisch von Ihnen zu hören, ob Sie dieses Kraftwerk wollen oder ob Sie dieses Kraftwerk nicht wollen. Wenigstens eine politische Meinungsäußerung könnte man von Ihnen verlangen!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie sperren sich da, weil Sie sich in der Koalition nicht einig sind. Sie machen eine Energiepolitik, die dem Land Nordrhein-Westfalen schadet. Deswegen hoffe ich sehr, dass Sie nur für einen überschaubaren Zeitraum regieren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Kollege Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war wirklich eine bemerkenswert flache Rede, Herr Lienenkämper.

(Zustimmung von der SPD)

Ich bin geradezu – ich will das so deutlich sagen – entsetzt, wie wenig Sie in Ihrem Beitrag über Energiepolitik referiert haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ministerin Barbara Steffens: Heiße Luft!)

Aber überraschen kann das nicht wirklich. Wer so wie Sie vor dem Scheitern der eigenen Revolution in der Energieversorgung steht, die Angela Merkel noch im September lauthals verkündet hat, wer so wie Sie moralisch gescheitert ist, weil er bei der Verlängerung der Laufzeiten für die Atommeiler die Gemeinwohlinteressen den Lobbyinteressen der betroffenen Konzerne geopfert hat,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

der tut sich natürlich schwer, substanziell in die Debatte einzugreifen.

Das, was wir hier heute erleben, und das, was wir gestern mit dem Wortbeitrag Ihres Kollegen Golland erlebt haben, veranlasst zu der Bemerkung: Ihre Schwarzweißmalerei in der Energiepolitik und in der Industriepolitik, die hier in der Aussage gipfelt, wir würden die Deindustrialisierung von Nordrhein-Westfalen betreiben, ist nichts anderes, sehr geehrter Herr Lienenkämper, als der Marsch in die Vergangenheit, den Sie hier skizzieren. Sie sind ein Krieger der Vergangenheit. Heute Morgen im Aus-

schuss haben wir ja das Halali auf Ihrem Handy gehört.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Die von Ihnen ausgerufenen Revolution frisst gerade Ihre Kinder. Viel Spaß dabei!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das Scheitern Ihres Energiekonzeptes auf der Bundesebene bedeutet letztlich auch das Scheitern Ihres Klimakonzeptes. Sie sprechen hier so gerade mal eben an: Klimaschutz darf nicht über allem stehen. Wir wollen auch Erneuerbare. – Sie bleiben aber jede Aussage schuldig, wo Sie wirklich konkret ansetzen wollen. Sie sind mit Ihrer Klimaschutzpolitik gescheitert, weil Sie bei der Finanzierung letztlich im Wesentlichen auf die Brennelementesteuer gesetzt haben. Die ist jetzt ausgesetzt – und Sie haben zurzeit die Situation, dass Ihre Bundesregierung coram publico lauthals streitet, wie man den notwendigen Umschwung in Richtung erneuerbare Energien finanziert. Ich schlage vor, Sie machen Ihre Hausaufgaben, bevor Sie hier vollmundig in die Bütt gehen. Das wäre hilfreich, um in dieser Debatte weiterzukommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Eines will ich Ihnen nicht ersparen: Die Debatte über Datteln wird fast wie ein Mantra in den Landtag eingebracht.

(Ralf Witzel [FDP]: Warum bloß?)

Man hat manchmal das Gefühl: FDP und CDU „datteln“ in diesem Plenum vor sich hin. Ich will das so deutlich sagen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben in diesen Fragen substantiell und intellektuell einfach nichts mehr zuzusetzen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist ein Offenbarungseid. Ich finde – das muss ich Ihnen so deutlich sagen –, das ist schon fast eine Beleidigung für uns, dass wir uns das hier fortlaufend anhören müssen. Ich würde sehr empfehlen, in dieser Frage zur Sachpolitik zurückzukommen. Es würde mir jedenfalls mehr Spaß machen, dann ins Plenum zu gehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es bleibt dabei: Hier in Nordrhein-Westfalen entscheidet es sich, ob wir einen zukunftsorientierten Umbau eines Industriestandortes hinbekommen. Hier müssen wir beweisen, dass Ökologie, erneuerbare Energien und eine moderne Industriegesellschaft keine Gegensätze sind, sondern dass diese sich gegenseitig bedingen.

Deswegen hat die Landesregierung ein schlüssiges energiepolitisches Konzept mit einem neuen Ener-

giemix auf den Weg gebracht. Die Inhalte sind hier klar benannt. Ich glaube, dass dieser neue Energiemix, der von uns nachhaltig vorangetrieben wird, auch mit den entsprechenden Förderkullissen im Bereich Wirtschaftsförderung, mit der Unterlegung auch im Wissenschaftsbereich dieses Land voranbringen wird. Das Land wird die Vorreiterrolle im Bereich erneuerbare Energien wieder übernehmen, die Sie in den letzten Jahren verlassen haben. Das ist gut für Nordrhein-Westfalen, und es ist gut für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Einen Punkt zum Abschluss: Wenn Sie nach dem Atomkompromiss, den Sie gebaut haben, sich hierhin stellen und, wie es Herr Wüst heute Morgen getan hat, sagen, die Änderung von § 107 der Gemeindeordnung sei das Mantra, das laute: „Staat vor Privat“, es sei die Wiedereinführung des Mottos „Staat vor Privat“, dann sage ich Ihnen: Sie sind in der Realität in diesem Land und bei den Menschen nicht angekommen.

Ich empfehle Ihnen dringend: Führen Sie endlich eine qualitative Debatte über die Zukunftsfähigkeit des Landes. Dafür ist das Thema Energiepolitik hervorragend geeignet. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befinden uns in energiepolitisch spannenden Zeiten. Selten zuvor war die Ausrichtung der deutschen Energiepolitik so in aller Munde. Einmalig sind die rasanten Änderungen bei der Ausrichtung der konservativen Parteien zur Atompolitik.

Ernst gemeinte Meinungsäußerungen sind ja sehr zu begrüßen. Leider bleibt derzeit aber ein fader Beigeschmack. Richtig wohl scheinen sich viele der Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP beim schnellen Meinungsumschwung ihrer eigenen Führungskräfte nicht zu fühlen. Die Rhetorik für erneuerbare Energien wird dort zwar gerade massiv propagiert. Aber was ist denn passiert, nachdem das Energiekonzept der Bundesregierung im letzten Herbst verabschiedet wurde? Von 60 darin beschriebenen Maßnahmen wurde bisher keine in Verordnungen oder Gesetze gegossen – Moment, eine gab es doch: die Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke.

Das Sechs-Punkte-Programm beim Treffen von Frau Merkel mit ihren übrig gebliebenen treuen Landesfürsten in der letzten Woche lässt die Hoffnung auf wahre Änderung ebenfalls wie eine Seifenblase zer-

platzen: Bei der Windenergie wird wieder einmal auf Offshore gesetzt; das nützt hauptsächlich den großen Energieversorgern. Beim Onshore-Wind wurde ein Appell an die Länder formuliert – da sollten Sie einmal zuhören. Das Effizienzprogramm innerhalb des Sechs-Punkte-Programms lässt den Strom vollkommen außen vor. Aussagen zu Biomasse, Fotovoltaik und Geothermie sucht man dort vollkommen vergebens.

Und in Nordrhein-Westfalen? Reflexartig hören wir hier von den Oppositionsbänken nur die Rufe nach Datteln. Ich antworte Ihnen hierauf – das tue ich immer wieder gern –: Wir stehen nicht für Ihre Planungsfehler gerade. Dieses eine Kraftwerk in Nordrhein-Westfalen greifen Sie immer wieder gern auf. Sie haben eben auch wieder den Vergleich mit dem Morgenthauplan angeführt. Aber die vielen in Bau und Planung befindlichen anderen Kraftwerke passen nicht in Ihre Argumentation. Und darum lassen Sie sie einfach hinten herunterfallen. Das lassen wir Ihnen hier so nicht durchgehen.

Und dann, Herr Lienenkämper, noch ein Wort zu den 2%igen Kürzungsvorschlägen der CDU: Darunter würden auch die Steinkohlesubventionen fallen. Sie haben das Thema eben angesprochen. Sie haben auch selbst angesprochen, dass es eine Vereinbarung zwischen Bund und Land gab. In beiden Regierungen war damals, 2007, die CDU in der Regierung. Dort wurde auch vereinbart, wie welche Zahlungen wann zu tätigen sind. Das lässt sich nicht ändern. Daran sieht man auch einmal wieder, wie absurd Ihr allgemeiner Kürzungsvorschlag von 2 % ist. Andernfalls hätten Sie es doch hier einmal ganz konkret beantragen können.

Sie versuchen, neue Herausforderungen mit alten Plattitüden zu beantworten. So funktioniert das aber nicht. Wir brauchen neue Ideen und neue Lösungen. Die erneuerbaren Energien liefern die Lösungen für die Energieversorgung der Zukunft. Dass wir hier vor großen Herausforderungen bei der Übertragung und bei der Speicherung stehen, verharmlosen und verneinen wir keinesfalls. Aber technisch ist das alles machbar; es muss nun endlich politisch gewollt sein.

Und dann müssen wir uns trauen, auch neue Wege zu gehen. Im Bereich der Mobilität werden neue Konzepte, wie beispielsweise Elektrofahrzeuge, Auswirkungen auch auf unser Stadtbild und unsere Mobilität haben. Die Leute draußen haben das verstanden. Ein „Weiter so!“ können wir uns auf Dauer nicht leisten. Das gilt für den Ressourcenverbrauch, für die Energiebereitstellung und die Energiewendeschwendung.

Das bedeutet nicht, dass wir auf Lebensqualität verzichten müssten – ganz im Gegenteil: Ein anderes Wachstum ist möglich.

Weil es nicht ins Bild passt, blenden gerade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, gerne

aus, welche Wirtschaftskraft in den erneuerbaren Energien steckt.

Der in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftete Umsatz in der regenerativen Energiewirtschaft betrug 2009 7 Milliarden €. Die Beschäftigtenzahl liegt bei fast 25.000 – in Nordrhein-Westfalen. In den letzten vier Jahren bedeutete das einen Anstieg um 50 %. Welche Branche kann denn das für die letzten schwierigen Wirtschaftsjahre von sich behaupten?

Herr Lienenkämper, Sie haben eben wieder gezeigt, dass Sie nicht verstanden haben, worum es hier geht. Denn Arbeitsplätze, auch in der Zement- oder in der Chemieindustrie, sind in Nordrhein-Westfalen nur dann sicher, wenn wir jetzt massiv in den Klimaschutz investieren und diesen Zug nicht an uns vorbeifahren lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Bedeutung der Branche der erneuerbaren Energien für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ist dieser Landesregierung dagegen bewusst. Sie hat an dieser Stelle nicht, wie ihre Vorgängerregierung, einen blinden Fleck, und sie setzt darum hier auch finanzielle Impulse. Das ist gut für die regionale Wertschöpfung, für den Klimaschutz und für die Wirtschaft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Meine Damen und Herren! Wenn wir heute, wie immer bei den Beratungen zum Haushalt, über die Energiepolitik als eigenen Beitrag, als eigenen Bereich der Wirtschaftspolitik eine separate Debatte im Landtag führen, dann macht dies deutlich, dass für uns in Nordrhein-Westfalen die Energieversorgung nicht erst seit den schrecklichen Vorfällen in Fukushima ein ganz wichtiger und wesentlicher Punkt ist, sondern dass für Nordrhein-Westfalen als dem Industriestandort Nummer eins in Europa gerade auch eine verlässliche, eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversorgung für die Arbeitsplätze in diesem Land von enormer Bedeutung ist.

Insofern ist es wichtig, dass der Wirtschaftsminister in der Energiepolitik eine führende Rolle übernimmt. Aber auch hier ist es so – dies musste ich auch schon in anderen Bereichen sagen –, dass die Energiepolitik nicht vom zuständigen Wirtschaftsminister, sondern in wesentlichen Teilen vom Umwelt- und, wie er sich seit Neuestem nennt, Klimaminister bestimmt wird.

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wird hier eben nicht Politik für den Wirtschaftsstandort gemacht, sondern wir müssen leider wie auch in vielen

anderen Bereichen erleben, dass die Energiepolitik, die für den Standort wichtig ist, hinten herunterfällt. Da, Herr Voigtsberger, muss ich Sie aber in Schutz nehmen, denn das ist nicht Ihr Verschulden, sondern letzten Endes das Verschulden Ihrer Partei, die in den Koalitionsverhandlungen leider diesen Bereich zum Leid des Energiestandortes an die Grünen preisgegeben hat. Deshalb ist ein Großteil der Energieabteilung in das Umweltministerium abgewandert. Es hätte mich sehr gefreut, wenn man die Kolleginnen und Kollegen dort entsprechend bekehrt hätte. Stattdessen müssen wir feststellen, dass das Know-how und die Kompetenz kaltgestellt werden.

Dies sage ich, obwohl wir das angekündigte, ja angeordnete Klimaschutzgesetz noch gar nicht haben. Dieses Gesetz wäre in Wirklichkeit ein Arbeitsplatzvernichtungsgesetz, wenn es so käme, wie es von Umweltminister Remmel hier vorgelegt wurde. Ich habe die Hoffnung, da ja die Staatskanzlei dies aufgehalten hat, dass man Ihnen sagt, dass dies deutlich zu weit geht. Denn dies würde letzten Endes bedeuten, dass neue, hochmoderne und effiziente Kraftwerke wie eben das in Datteln zukünftig nicht mehr in diesem Land gebaut würden.

Herr Bell, es war ja nett, was Sie eben ausgeführt haben. Aber Ihr Parteivorsitzender, Herr Gabriel, hat noch gestern sehr deutlich gemacht, dass wir gerade solche Kraftwerke wie das in Datteln benötigen. Vor dem Hintergrund reicht es nicht, zu sagen: Da müssen wir einmal gucken, wie die Gerichte entscheiden. – Nein, da bedarf es einer klaren Zielrichtung der Politik! Da muss die Politik einen klaren Kurs vorgeben und sagen: Wir brauchen dieses Kraftwerk, erst recht jetzt, wo Deutschland zu einem Energieimportland geworden ist,

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

da wir uns schneller von der Kernenergie trennen wollen.

Die Energiepolitik wird also leider nicht vom Wirtschaftsministerium, sondern vom Hause des Umweltministers bestimmt. Deshalb führen wir heute dieselbe Debatte wie gestern. Der einzige Beitrag, der bisher zu erkennen ist, ist eben mehr Windenergie aus dem Binnenland. Dort will man die Anzahl der Windkraftanlagen verfünffachen. Wenn man als Grundlage die im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Zahlen nimmt, also 2 % der Flächen, dann bedeutet das für viele Regionen sogar eine Versiebenfachung der Windkraftanlagen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Ich wollte Sie eigentlich nur fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herr Kollegen Mostofizadeh zulassen möchten.

Dietmar Brockes (FDP): Ja, gerne.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Brockes, danke schön, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben eben gesagt, dass wir Stromimportland seien, nachdem E.ON ja die ganzen Gaskraftwerke in Bayern abgeschaltet hat. In dem Zusammenhang würde mich interessieren, ob Sie hinter dem Konzept der Bundesregierung stehen oder ob es aus Ihrer Sicht grundfalsch ist, jetzt aus der Atomenergie auszusteigen, sodass Sie für einen anderen Kurs plädieren.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Mostofizadeh, über das Thema, das Sie ansprechen, diskutieren wir heute nicht zum ersten Mal. Meine Fraktion und ich stehen nach wie vor zu dem, was die Bundesregierung gesagt hat. Nach den schrecklichen Vorfällen in Fukushima kann es ein „Weiter so!“ in der Kernenergie nicht geben.

All das, was vorher für uns klar war, müssen wir überdenken. Wir wollen ja die Kernenergie nutzen, um den Weg zu den erneuerbaren Energien zu gestalten, um dies zu finanzieren. Die Kernenergie war ja sozusagen die Melkkuh. Das war der Unterschied zwischen Ihrer Politik und unserer. Wir sagen klar, woher das Geld für diesen Umbau kommen soll. Insofern muss die bisherige Position komplett überdacht werden. Deshalb ist das Moratorium richtig. Wir brauchen eine gründliche Überarbeitung. Aber ich erwarte auch Ihre Unterstützung dabei, für die notwendigen Maßnahmen, für den Netzaufbau, für die Speicherung die Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen.

Letzten Endes, Herr Kollege, müssen Sie endlich die Antwort liefern, wie das Ganze finanziert werden soll. Ich befürchte nämlich, dass Ihre Politik an dieser Stelle zu einer deutlichen Erhöhung der Strompreise für die Bürgerinnen und Bürger und eben auch für die Unternehmen führen wird. Da erwarte ich die Fairness, dass Sie dies den Bürgerinnen und Bürgern auch so deutlich sagen.

(Beifall von der FDP)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gerade das Thema „Netz- und Speicherausbau“ ist ganz wesentlich. Wenn Sie die Erneuerbaren stärker ausbauen wollen, dann brauchen wir die Akzeptanz, mehr Netze, mehr Speichertechnologie.

Da sich meine Redezeit dem Ende nähert, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Sie ist schon zu Ende.

Dietmar Brockes (FDP): ... komme ich zum Schluss. Herr Minister, wir erwarten klare Vorgaben Ihrerseits, wie Sie diese Akzeptanz, gerade was Netz- und Speicherausbau angeht, herstellen wollen. Hier sind wir alle gefordert, weil wir wissen, dass dieser Weg alternativlos ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Voigtsberger, Sie hatten eben den Zustand der NRW-Wirtschaft ein bisschen hochgelobt. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie damit Ihrer Landesregierung nicht einen Bären dienst erwiesen haben. Vielleicht hätten Sie dazu einige Ratschläge aus meiner Rede mithören sollen. Die NRW-Wirtschaft hinkt der bundesrepublikanischen Wirtschaft ein bisschen hinterher. Das wäre vielleicht hilfreicher gewesen, aber leider will die Landesregierung Ratschläge von der Linken ja nur selten annehmen.

Wir stehen nach Fukushima vor dem seit 30 Jahren überfälligen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Wir Linken sagen klipp und klar: Der sofortige Ausstieg ist möglich. Wer ihn verzögert, der sollte als Strafe den Schutt in Fukushima wegräumen.

(Beifall von der LINKEN)

Das sofortige und endgültige Abschalten der Atomkraftwerke und der Ausstieg aus der Kohleverstromung können sicherlich kurzfristig Wachstum kosten und die Energiekosten steigern. Das ist ein Problem – aber es ist ein lösbares Problem. Einkommensschwache können sich schon jetzt die hohen Energiekosten nicht leisten. Energiearmut ist in der Bundesrepublik im Gegensatz etwa zu Großbritannien ein Tabuthema. Trotzdem leiden Millionen unter hohen Energiekosten, Hunderttausende unter Verschuldung, und zwar auch aufgrund von sogenannten hohen Nebenkosten, und Hunderttausende unter „Abklemmungen“. In der Europäischen Union ist Deutschland „Abklemmungsweltmeister“.

Notwendig ist daher ein System von kostenfreien Grundkontingenten und Sozialtarifen. Der Zusatzverbrauch, also Verschwendung, kann dann mit progressiven Tarifen belegt werden. Das fordert beispielsweise unser außerparlamentarischer Bündnispartner Attac, und das fordert auch Die Linke im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN)

Aber mittelfristig und langfristig ist der Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien ein gigantisches Zukunftsinvestitionsprogramm. Dieser Umstieg muss

soweit als möglich dezentral, unter öffentlicher Kontrolle und unter kommunalem Eigentum erfolgen.

Wir Linken sagen deutlich: Wir wollen mit der anstehenden Energiewende auch den Einstieg in eine andere Gesellschaft. Hermann Scheer hat immer betont, dass die dezentrale Energiegewinnung hilft, die für den Kapitalismus kennzeichnende extreme Trennung von Produktion und Reproduktion des Lebens aufzuheben. Die Überwindung einer nur auf Profit ausgerichteten Gesellschaft rückt damit näher. Wir Linke stellen den gegenwärtigen kapitalistischen Raubbau an Mensch und Natur grundsätzlich infrage.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen eine andere Produktions- und Konsumtionsweise. Denn Wohlstand und Lebensqualität misst sich nur ungenügend im Zahlenwerk der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Aggelidis, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Frau von Boeselager würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Michael Aggelidis (LINKE): Sehr gerne.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Aggelidis, Sie haben eben betont, dass Sie eine andere Gesellschaft wollen. Können Sie mir einmal beschreiben, welche Gesellschaft Sie wollen? Eine kommunistische Gesellschaft?

Michael Aggelidis (LINKE): Wenn Sie mir ein wenig Zeit geben, komme ich darauf zurück. Ich werde jetzt einmal erläutern, was wir damit qualitativ meinen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Stieglitz-Kommission erinnern, die bereits im Jahr 2009 im Auftrag der französischen Regierung Vorschläge ausgearbeitet hat, wie eine differenzierte Messung des Wohlstands und der Lebensqualität aussehen sollte. Ich hebe zwei der Empfehlungen hervor. Frau von Boeselager, hören Sie mir genau zu.

Die Reduktion von Nachhaltigkeitsindikatoren auf monetäre Größen scheitert daran, dass es für verschiedene Aspekte keine mit einem Marktwert taxierbare Grundlage gibt. Ich will nur einmal ein Beispiel nennen. Die Schönheit eines Waldes und der Erholungswert sind in kapitalistischem Geld nicht messbar.

Durchschnitts- oder Gesamtgrößen sind nicht ausreichend, die bestehenden Verhältnisse zu beurteilen. So kann ein durchschnittliches Wachstum des Einkommens durchaus mit der Verarmung eines Teils der Bevölkerung einhergehen. Genau diesen Prozess erleben wir hier. Das wollen wir nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Der Kampf für 100 % erneuerbare Energien, die dezentral und ohne Profitmacherei erzeugt werden, ist für uns Linke ein Beitrag Nordrhein-Westfalens für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der naturgemäß nur ein demokratischer Sozialismus sein kann. Er ist undenkbar ohne die Enteignung der privatkapitalistischen Großaktionäre der Energiekonzerne und ohne ihre demokratische Kontrolle.

(Beifall von der LINKEN)

Die Kombination von Finanzmarkt, Kapitalismus, Klima- und Energiekrise wirft für viele Menschen die Frage auf, ob ein nachhaltiges Wachstum im Kapitalismus überhaupt möglich ist. Ich habe da größte Zweifel. Eines ist jedoch klar: Die Nachhaltigkeit darf keinen vermeintlichen BIP-Wachstumswängen untergeordnet werden. Eine ökologische, nachhaltige Politik darf keinesfalls zulasten der Geringverdienerinnen und Geringverdiener und der Erwerbslosen gehen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist der Kern eines sozialistischen Green Deals.

(Armin Laschet [CDU]: Was heißt Green Deal auf Russisch?)

Wir werden hierzu auch im Landtag die nötigen Anträge einbringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, es gilt die gesamte Energiepolitik neu auszurichten. Ich denke, seit Fukushima ist das uns allen klar. Man kann fast sagen, es ist ein allgemeiner gesellschaftlicher Konsens. Entsprechend haben wir zu reagieren.

Eine nachhaltige, versorgungssichere und preiswerte Energieversorgung Deutschlands ist nicht auf Atomstrom angewiesen. Eine zukunftsfähige Energieversorgung kann nur durch eine konsequente Neuausrichtung der gesamten Energiepolitik erreicht werden. Es geht darum, die Strukturen auf dem schnellst möglichen Weg hin zu erneuerbaren Energien umzustellen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Verbindung mit dem Einsatz hocheffizienter Kraftwerke wird ohne Einschränkungen in der Lage sein, die Atomkraft zu kompensieren. Hier spreche ich von Gaskraftwerken, aber auch von fossilen Kohlekraftwerken, möglichst in Verbindung mit Kraft-Wärme-Koppelung. Die Rücknahme der Laufzeitverlängerung und erst Recht ein kompletter Atomausstieg

bietet, meine ich, auch für neue Anbieter Chancen am Energiemarkt. Dies verstärkt den Wettbewerb und schafft Anreize für den Umbau unseres Energiesystems. Dazu zählen auch die Ausschöpfung von Einsparpotenzialen und der Energieeffizienz sowie die Förderung von Innovationen für eine dezentrale und nachhaltige Energieversorgung.

Hinzu kommt der notwendige Ausbau von Übertragungs- und Verteilnetzen als ganz drängende Herausforderung; denn im Gegensatz zum Erzeugungssektor können beim Stromtransport auf der Höchstspannungsübertragungsebene vereinzelte Engpässe nicht sicher ausgeschlossen werden. Das liegt auch am verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energie, etwa der Windkraft. Hier hat der Netzausbau nicht Schritt gehalten und entsprechend stehen wir hier vor einer großen Herausforderung. Das hat seine Gründe, die in der über Jahrzehnte einseitig ausgerichteten Energiepolitik liegen, vor allem auch im Süden Deutschlands – dort war und ist sie allzu sehr immer auf Atomstrom fokussiert gewesen.

Die aktuelle Außerbetriebnahme von Kernkraftwerken trifft insbesondere Hessen, Bayern und Baden-Württemberg; dort stehen fünf Kernkraftblöcke mit einer Leistung von nahezu 5.200 MW und einer Bruttostromerzeugung von jährlich rund 30.000 MWh zur Disposition. Dass deren Stromproduktion ausfällt, ist wohl kein Problem; das kann kompensiert werden. Das kann durch den absehbaren Ausbau vor allem der Windkraft kompensiert werden. Aber der Windstrom muss, etwa von den norddeutschen Standorten an Land und Offshore-Anlagen in Küstennähe, auch zu den süddeutschen Industriezentren übertragen werden; hier stoßen die heutigen Übertragungskapazitäten an ihre Grenzen – diese Defizite in der Infrastruktur sind natürlich nicht neu, das diskutieren wir schon lange, doch zwei Mal hat die Bundesnetzagentur in ihren Studien auf solche möglichen Engpässen hingewiesen. Hier sind natürlich in erster Linie auch die Übertragungsnetzbetreiber in der Pflicht, aber noch scheuen sie sich vor den notwendigen Investitionen.

Meine Damen und Herren, sicherlich gibt es da auch ein Akzeptanzproblem, aber viele Anwohner neuer Leitungstrassen und solcher, die lediglich verstärkt werden sollen, wehren sich gegen den Leitungsbau. Auch hier brauchen wir neue Antworten und vor allem eine Lösung über Erdkabel. Wir brauchen eine Verstärkung der Netze, sonst ist auch die Integration der erneuerbaren Energien ausgesprochen schwierig.

Verschiedene Bundesminister übertreffen sich gerade mit gesetzgeberischen Ankündigungen zur Beschleunigung auch dieses Ausbaus – da ist die Rede von einem Eckpunktepapier für ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz. Diese Eckpunkte liegen auch seit einigen Tagen vor; wir werden sie intensiv prüfen und wir werden sie vor allem für ihre Relevanz für Nordrhein-Westfalen prüfen.

Eine nachhaltige Energiepolitik bietet auch große Chancen für das Energieland Nordrhein-Westfalen, hier haben mit E.ON und RWE zwei der vier großen Energieunternehmen ihren Sitz. Natürlich haben auch sie bislang vor allem durch die Atompolitik des Bundes profitiert. Hier kann man durchaus reflexartige Reaktionen feststellen lassen, als es zu den Einschnitten bei der Atomlaufzeit kam. Auch diese nordrhein-westfälischen Unternehmen müssen hier die Zeichen der Zeit neu verstehen.

Meine Damen und Herren, durch den erst vor Kurzem erfolgten Steag-Zukauf des Stadtwerkekonsortiums Rhein-Ruhr ist die größte neue kommunale Erzeugerplattform im konventionellen und regenerativen Energiebereich entstanden – direkt hier in Nordrhein-Westfalen. In Aachen sitzt mit der Trianel-Gruppe eine weitere führende Stadtwerkekooperation von europäischem Format. Sechs der 140 weltweit börsennotierten Unternehmen mit Umsatzschwerpunkt im Bereich regenerativer Energien sind in unserem Bundesland beheimatet. Wir können also sagen: Nordrhein-Westfalen war ein Energieland Nummer eins und Nordrhein-Westfalen bleibt ein Energieland Nummer eins.

Besonders erfreulich ist, dass sich vor allem auch bei den Bergbauzulieferern die Anlagen für erneuerbare Energien als neues Geschäftsfeld etabliert haben und sie sich in diesen Energiewandel mit einbringen.

Meine Damen und Herren, zu den einzelnen Haushaltspositionen, die ich hier noch ansprechen möchte: Zu den Kohlehilfen habe ich im vorhergehenden Abschnitt schon etwas gesagt. Ich möchte auch noch mal zur energetischen Modernisierung kommen, denn das ist in dem gesamten Zusammenhang natürlich auch von großer Bedeutung.

Zur Kofinanzierung der Bundesfinanzmittel für den Investitionspakt werden 2011 in unserem Einzelplan 14 rund 29,1 Millionen € zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen bereitgestellt – übrigens gerade im Gegensatz zu dem, wie sich zurzeit noch die Bundesregierung präsentiert; Sie wissen ja, dass beabsichtigt ist, die Mittel für die energetische Sanierung für 2012 auf null zu setzen. Das würde bedeuten, dass die Bundesregierung, wenn es dabei bliebe, aus der energetischen Sanierung im Gebäudebereich komplett aussteigen möchte. – Wir tun das nicht, wir setzen die entsprechenden Mittel ein.

Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz, zur Energieeinsparung sowie zum Wachstum und zur Beschäftigung geleistet. Wir wissen, dass jeder Euro, der da investiert wird, einen enormen Hebel – bis zum Achtfachen – an weiteren Investitionen auslöst.

Zur Atomaufsicht: Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Atomaufsicht sind gegenüber dem

Vorjahr konstant geblieben; auch das ist für uns nach wie vor ein wichtiger Bereich.

Das war der Bericht zum Teilbereich Energie. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir zurzeit keine weiteren Wortmeldungen vor. Gleichwohl will ich sie darauf aufmerksam machen, dass Herr Minister Voigtsberger die Redezeit um zweieinhalb Minuten überzogen hat. Die entsprechende Redezeit würde ich den Fraktionen auch zubilligen. – Diese möchten sie offensichtlich nicht nutzen. Damit schließe ich die Beratung zum Teilbereich „Energie“.

Ich rufe auf:

Teilbereich Städtebau und Wohnen

Als erster Redner hat der Kollege Schemmer für die Fraktion der CDU das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf zum Einzelplan 14 ist, wie der Gesamthaushalt, eigentlich Altpapier und nicht beratungsfähig; denn die Ergebnisse des Verfassungsurteils vom 15. März dieses Jahres sind schlicht nicht berücksichtigt. Wir haben im Haushaltsentwurf 2010-er Ansätze drin, mit denen der Nachtrag so eigentlich nicht zum Tragen kommen kann.

Insgesamt darf man der Landesregierung auch einen deutlich zu geringen Sparwillen attestieren, wobei es natürlich eine Ausnahme gibt. Das ist der Einzelplan des Superministeriums insbesondere für den Bereich Bauen, Wohnen und Verkehr. Er hat sich im Vergleich zu den ganz anderen Bereichen schlicht und einfach zur Spardose entwickelt.

Der Einzelplan 14 dokumentiert die Fehlerhaftigkeit der Politik dieser Landesregierung. Ganz deutlich und drastisch wird das am Beispiel der Wohnraumförderung, die von 1 Milliarde € auf 800 Millionen € gekürzt worden ist.

Man kann sich kaum noch daran erinnern, aber Rot-Grün wollte eine Mindestfördersumme von 1 Milliarde € gesetzlich festschreiben. Ich frage mich, warum man sich daran nicht erinnern kann. Ohne diese gesetzliche Festschreibung unsererseits realisiert zu haben, wurden im Jahr 2009 1,14 Milliarden € und im Jahr 2010 trotz Ihres Förderstopps noch über 1 Milliarde € zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Heute stellen Sie gerade 700 Millionen € aus dem revolvingierenden Fonds zur Verfügung. Die anderen 97 Millionen € sind Bundeszuschüsse. Mit 300 Millionen € bei der Eigentumsförderung kürzen Sie einseitig. Welches Selbstverständnis hat diese Landesregierung eigentlich zu Artikel 29, der Bildung von Vermögen in Arbeitnehmerhand? Eigentlich gar keins. Wenn ich mir das praktisch ansehe, bekommt jeder kapitalkräftige Investor eine Förderung. Rund 60 % der Bevölkerung dürfen anschließend in den Bauten wohnen. Möchte der Normalbürger aber selbst kaufen oder bauen, dann guckt er schlicht in die Röhre. Eine solche Vorgehensweise erwartet man eigentlich von den Freunden Erich Honeckers. Rot-Grün macht aber die gleiche Politik in Nordrhein-Westfalen.

Die 200 Millionen € für energetische Sanierung sollen gleichzeitig für die Altgebäude sein.

Das ist kein gutes Konzept. Es ist nicht ausgewogen. Es ist stark durch Altanträge befrachtet. Wir müssen dort zu besseren Ergebnissen kommen.

Kommen wir zum Problem der Städtebauförderung. Man kürzt im Haushalt um 9,5 Millionen € und begründet das damit, dass im letzten Jahr weniger abgeflossen ist. Dann stellt die SPD einen Änderungsantrag und will das Geld wieder einsetzen. Man muss mir einmal erklären, warum man jetzt Haushaltsansätze erhöht, die vermutlich wieder nicht abfließen, wenn das Geld im letzten Jahr nicht abgeflossen ist. So wird die unsolide Finanzpolitik dieser Landesregierung fortgesetzt.

Im Übrigen finden sich im Haushalt keine Aussagen zum Thema Baukultur, die ein bisschen in die Zukunft weisen. Es ist keine Regelung zur Weiterentwicklung von gesetzlichen Normen oder zur Landesbauordnung vorgesehen. Kurzum: Dieser Haushalt ist weder beratungs- noch insgesamt zustimmungsfähig. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Ott.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Jugendlicher habe ich für die Kirchengemeinde Briefe ausgetragen und durfte damals unter anderem in einem Übergangwohnheim kotverschmierte Treppenhäuser, zerstörte Außenumgebungen und Spielplätze sowie verkommene Briefkästen und Aufzüge feststellen. Das hat mich als Jugendlichen sehr mitgenommen. Ich habe mich immer gefragt, was man tun kann, um solche Zustände zu vermeiden.

Rund zwanzig Jahre später stellen wir fest, dass in vielen Wohnsiedlungen ähnliche Verwahrlosungen stattfinden, insbesondere dort, wo es keine ordentli-

che Verwaltung gibt. Menschenwürde findet hier nicht mehr statt. Niemand kümmert sich um das Wohnumfeld. Es stellt sich die Frage, wie man damit umgeht.

Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum Berlin hat 2010 in einer Untersuchung festgestellt: „Neighborhood does matter.“ Er hat dabei daraufhin gewiesen, dass das Wohnumfeld, in dem man groß wird, maßgeblich für den Bildungserfolg, für die berufliche Entwicklung und für das demokratische Verhalten eines Menschen mitverantwortlich ist. Man kann also sagen, die Mutter der Präventionspolitik ist die Wohnungsbau- und die Stadtentwicklungspolitik. Deshalb ist das ein zentraler Bereich für unsere Landesregierung und für SPD und Grüne in diesem Land.

Was haben Sie in den letzten fünf Jahren getan? Sie haben die Wohnungsbaupolitik wie vieles andere am Thema „Privat vor Staat“ ausgerichtet. Das war ein Irrweg, der nicht gutgehen konnte. Es war eine ruinöse Politik zulasten von Mieterinnen und Mietern, ruinös für das Landeswohnungsbauvermögen und ruinös durch den Abbau des Mieterschutzes. Sie haben einen Scherbenhaufen hinterlassen, den wir nun wegkehren müssen.

Beispiel eins ist der Verkauf der LEG an den Whitehall-Fonds von Goldman Sachs. Die Folgen des Verkaufs der LEG-Wohnungen an eine Heuschrecke können wir heute betrachten: Mieterhöhungen, zurückgefahrenere Instandhaltungskosten, Personalabbau. – Sie haben unwiederbringlich Schaden angerichtet. Wir werden in der Enquete-Kommission gemeinsam überlegen, wie man grundsätzlich mit den Heuschrecken im Wohnungsbereich umgeht.

Sie haben die Kündigungssperrfristverordnung abgeschafft. Sie haben die Zweckentfremdungsverordnung abgeschafft. All das sind Dinge zulasten der Mieterinnen und Mieter.

Herr Schemmer, beim Landeswohnungsbauvermögen haben Sie dafür gesorgt, dass im vergangenen Jahr eine absolute Fehlallokation von Mitteln stattgefunden hat.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Was Sie veranstaltet haben, ist volkswirtschaftlich in keiner Weise rechtfertigbar. In einer Niedrigzinsphase ist Geld in Bereiche des Landes geflossen, in denen eine Förderung zwar schön, aber eigentlich nicht notwendig ist, zumindest dann nicht, wenn man Ihre eigenen Grundlagen nimmt und den Bericht der NRW.BANK aus dem Jahr 2010 liest. Dann ist die Förderung einfach nicht sinnvoll gewesen. Im Bereich der Eigenheimförderung haben Sie allein im Jahr 2010 820 Millionen € eingebracht. Das ist einfach nicht verantwortbar, wenn wir gleichzeitig sehen, dass Mieten in anderen Bereichen des Landes steigen und große Umbaumaßnahmen zu finanzieren sind. Sie haben damit dem sozialen Wohnungsbau in diesem Land einen Bärendienst erwiesen.

Sie haben den Fonds darüber hinaus belastet, Herr Schemmer. Sie haben sogar noch selbst damit gepözt, dass Sie über den Betrag von 1 Milliarde € hinausgegangen sind. Genau damit, dass Sie über 1 Milliarde € hinausgegangen sind, haben Sie im Sinne der Generationengerechtigkeit dafür gesorgt, dass wir mit dem Geld auskommen müssen, welches Sie übrig gelassen haben. Sie haben das Prinzip des revolving Fonds immer noch nicht verstanden. Vielleicht werden wir Ihnen das im Laufe der nächsten vier Jahren erklären können.

Verehrte Damen und Herren, die Städtebauförderung hängt eng mit der Frage zusammen, wie wir das Wohnumfeld gestalten, wie wir dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche in einem Wohnumfeld groß werden, wo ihre Chancen für die Zukunft gegeben sind. Der Bund streicht die Mittel für die Stadterneuerung weiter. Mittel für „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ sind zusammengestrichen worden. 2012 soll weiter gestrichen werden. Sie sorgen dafür, dass die für diesen Bereich benötigten Mittel, die gerade für ein Land wie Nordrhein-Westfalen so wichtig sind, um Städte nach vorne zu bringen und in den wachsenden Regionen zu unterstützen und in den Regionen, wo demnächst vielleicht eher Rückbau angesagt ist, gekürzt werden.

Wir haben von Landesseite dafür gesorgt, dass es in der Stadtentwicklung keine Kürzungen gibt. Herr Schemmer, wir haben auch dafür gesorgt, dass keine Kürzungen stattfinden. Und wir sorgen dafür, dass im Bereich der Flächenpolitik auch in Zukunft die sinnvolle Arbeit von Flächenpool und Grundstücksfonds fortgesetzt werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte diesen Haushaltsansatz für einen ersten wichtigen Schritt. Das Thema „Wohnungsbau und Stadtentwicklung“ bleibt eine unserer großen Aufgaben, weil man seine persönliche Entwicklung nur in einer Gesellschaft und in einem Umfeld, in dem man sich wohl fühlt, in dem man zu Hause ist und in dem man gut groß werden kann, gut nach vorne bringen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten mit dem Einzelplan 14 einen zentralen Investitionshaushalt des Landes. Das ist ein ganz entscheidender Haushalt, in dem wichtige Grundlagen für die Zukunft und für die Erneuerung von Städten und Gemeinden gelegt werden. Wir können in Nordrhein-Westfalen ganz stolz darauf sein, wie unsere Städte und Gemeinden aussehen

und was wir in den vergangenen Jahren vermieden haben.

Wenn man sich anschaut, was sich in anderen europäischen Ländern und in den USA in der Stadtentwicklung zum Teil vollzogen hat und welche Probleme damit verbunden sind, ist das ein ganz wichtiger Hinweis. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir im Unterschied zu vielen europäischen Nachbarländern, die in den letzten Jahren erhebliche und zum Teil gewalttätige Konflikte in ihren Städten hatten, solche Entwicklungen bei uns durch eine kluge Stadtpolitik, aber auch stetige Investitionen und gezielte Programme wie zum Beispiel das Programm „Soziale Stadt“ verhindert haben.

Das Bund-Länder-Programm, meine Damen und Herren, der Städtebauförderung war und ist ein Erfolgsprogramm. Eben hat Herr Schemmer beklagt, die Landesregierung habe mit Ausnahme der Wohnungsbauförderung einen zu geringen Sparwillen. Herr Schemmer, ich muss einmal umgekehrt beklagen, dass die Bundesregierung einen ausgeprägten Sparwillen an der falschen Stelle hat. Herr Schemmer, Sie könnten an der Stelle eine wichtige Kommunikationsrolle in Richtung Berlin übernehmen:

Das Bund-Länder-Programm zur Städtebauförderung taugt überhaupt nicht für Kürzungen, wie sie Ihr Bundesbauminister Ramsauer im letzten Haushalt schon vorgenommen hat. Was noch schlimmer ist: Laut Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts will er auch in Zukunft Kürzungen vornehmen. Dabei geht es noch einmal um ganz erhebliche Einschnitte.

Worum geht es? Es geht um ein gezieltes Konjunkturprogramm zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Bauwirtschaft und Handwerk. Obwohl es eine Weisheit ist, die auch Ihnen bekannt sein müsste, will ich in Erinnerung rufen: Jeder Euro, der in Städtebauförderung investiert wird, löst 8 € Nachfolgeinvestitionen aus. Das ist gerade übrigens im Auftrag desselben Bundesbauministers bestätigt worden. Der hatte bei der Universität Wuppertal eine Studie in Auftrag gegeben und sich noch einmal vorrechnen lassen, dass jeder Euro Nachfolgeinvestitionen im privaten Bereich hat. Trotzdem kürzt die Bundesregierung, will wider besseres Wissen noch einmal in der Städtebauförderung kürzen.

Übrigens löst jeder Euro auch 2,4 € Steuereinnahmen aus. Das, meine Damen und Herren, ist eine wirklich vorsorgende Investitionspolitik, die man hier machen kann.

Sie haben auf Bundesebene von 650 Millionen € auf 450 Millionen € im vergangenen Jahr gekürzt. Das ist nicht nachvollziehbar. Die Länder haben protestiert, und Sie sind ein bisschen zurückgerudert. Jetzt geht das ganze Spiel von vorne los. Ich glaube, wir können in Nordrhein-Westfalen stolz darauf sein, dass es uns gelungen ist, in diesem Haushalt den Landesanteil der Städtebauförderung

wieder in der ursprünglichen Höhe zu erhalten. Wenn der Bund kürzt, ist das überhaupt nicht selbstverständlich, sondern bedeutet eine enorme Anstrengung, die sich für dieses Land, für die Städte und Gemeinden auszahlt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde, die CDU müsste – wenn sie solche Kürzungen auf Bundesebene mitträgt – im Übrigen auch einmal sagen, in welchen Städten und Gemeinden konkret gekürzt werden soll. Das wäre ein Beitrag zu Ehrlichkeit an dieser Stelle und ein Beitrag dazu, ins Land hinein zu kommunizieren, wie sich die CDU Kürzungen vorstellt und wo konkret an Projekten eingespart werden sollen.

Ich glaube, es gibt einen parteiübergreifenden Konsens, dass wir in den Städten vor gewaltigen Herausforderungen stehen, die durch den demographischen Wandel bedingt sind. Eines der zentralen Stichworte dabei ist: Wir werden gemeinsam weniger! Wir werden bunter! Wir werden älter! – Damit ist eine erhebliche Anpassungsleistung verbunden, die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu vollziehen haben. Es geht nicht nur um den Bereich der Infrastruktur mit Kanälen etc., was alles überdimensioniert ist, sondern es geht insbesondere um die Stadtteilentwicklung und die regionale Versorgung.

Wir haben deshalb in der Wohnungspolitik einen ganz klaren Akzent insgesamt darauf gesetzt, diese Entwicklung zu ermöglichen. Das geschieht beispielsweise durch die Förderung barrierefreien Wohnens, aber auch dadurch, dass Mittel insbesondere auf einen Personenkreis konzentriert werden, der sich mit günstigem Wohnraum versorgen muss. Hier muss künftig dafür von Landesseite aus gesorgt werden, dass solcher Wohnraum vorhanden ist.

Ich weiß, dass die CDU an der Stelle eine andere Politik vorschlägt, die ich allerdings für nicht zielführend halte. Der Haushalt spiegelt diese Politik auch nicht wider, sondern wir haben mit diesem Haushalt klar gemacht: Unser Interesse ist es, für die Zukunft Vorsorge zu treffen, die notwendigen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen zu stemmen, und zwar vor dem Hintergrund der bekannten Haushaltssituation und einer Situation, in der, glaube ich, auch die CDU überhaupt nicht bereit ist, mehr Mittel aus dem Landeshaushalt in die Wohnungsbauförderung einzustellen.

Darum: Mittelkonzentration! Vorsorge für die Zukunft! – Das sind die Leitlinien der Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden über den Einzelplan 14, über den Bereich Wohnen und Bauen, über den Haushalt, und damit ist natürlich auch immer eine Diskussion über die Bilanz der Politik in diesem Bereich verbunden. Viel, meine Damen und Herren, ist da seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nicht passiert. Das wurde auch bei dem Beitrag von Frau Kollegin Schneckenburger sehr deutlich. Denn sie hat hauptsächlich über Bundespolitik geredet und die Landespolitik völlig vernachlässigt.

Mir fallen vier Punkte ein, die ich hier kurz ansprechen möchte.

Erstens: die Plünderung der Wohnraumförderung inklusive der Vernachlässigung von Eigenheimförderung und Wohnraumförderung für Familien mit kleinen Kindern.

Zweitens: die Einrichtung der Enquete-Kommission.

Drittens: Ihr Konfrontationskurs zu privaten Investoren auf dem Wohnungsmarkt.

Viertens: Ihr schlechtes Verhältnis zu wesentlichen Playern in Nordrhein-Westfalen im Bereich Wohnen und Bauen.

Meine Damen und Herren, zu den vier Punkten im Einzelnen:

Erstens. Sie – damit meine ich die Kollegen von SPD und Grünen – haben ein zentrales Wahlversprechen gebrochen. Sie haben vor der Landtagswahl, sogar hier in diesem Hohen Haus, mehrfach die gesetzliche Festschreibung der Wohnraumförderung in Höhe von 1 Milliarde € gefordert, haben im Wahlkampf immer wieder versprochen, dass Sie nach der Landtagswahl 1 Milliarde € zur Verfügung stellen würden. Der Kollege der SPD, Bernhard von Grünberg, hat dann auch noch nach der Landtagswahl in einer Pressemitteilung geäußert, dass 1 Milliarde € zur Verfügung gestellt werden muss.

Meine Damen und Herren, die NRW.BANK ist eine landeseigene Förderbank. Die Geschäftspolitik wird durch die Landesregierung bestimmt. Sie hätten als Landesregierung nur dem Vorstand der NRW.BANK mitteilen müssen, dass dieser Ihnen Vorschläge zu unterbreiten hat, wie die 1 Milliarde € zur Verfügung gestellt werden kann, wie die Lücke zwischen den Erträgen des revolvingen Fonds und 1 Milliarde € zu schließen ist. Das geht, meine Damen und Herren. Das ist Geschäftspolitik. Genau deshalb fordern Architektenkammer und Mieterbund nach wie vor, also auch heute, 1 Milliarde € für die soziale Wohnraumförderung.

Dass Sie dann zudem zentrale Bereiche wie die Eigenheimförderung und die Förderung von Wohnraum für junge Familien mit kleinen Kindern vernachlässigen, ist ein weiterer Beleg für Ihre einseitigen und falschen Ansätze im Wohnraumförderprogramm 2011.

(Jochen Ott [SPD]: Da war kein Fehler drin!)

Zweitens. Die Einrichtung der Enquetekommission, wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in Nordrhein-Westfalen – diese Initiative ist gut; sie wird von der FDP ausdrücklich begrüßt. Mit sehr guten Sachverständigen werden wir den Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen analysieren und Handlungsempfehlungen erarbeiten. Vielleicht ist das die Grundlage für eine zukünftig gute und einvernehmliche Wohnraumpolitik in Nordrhein-Westfalen.

Drittens. Damit spreche ich jetzt Ihren Kurs gegen private Investoren auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen an. Damit hier kein Missverständnis aufkommt: Leider gibt es auch auf diesem Wohnungsmarkt schwarze Schafe.

(Jochen Ott [SPD]: Aha!)

Deren Geschäftsgebaren müssen wir konsequent entgegentreten, Herr Ott. Da bin ich bei Ihnen und auch bei Frau Schneckenburger. Es gibt verschiedene Beispiele. Ich nenne die GAGFAH. Die wurde unter Finanzminister Hans Eichel, einem SPD-Finanzminister, privatisiert. Er hat sich über das Geld sehr gefreut. Aber was am Ende dabei herauskam, war für die Mieterinnen und Mieter leider nichts.

(Jochen Ott [SPD]: Stimmt!)

SPD und Grüne – davor möchte ich warnen; im Beiboot sitzen auch die Linken – dürfen aber kein Feindbild „Private Finanzinvestoren in Nordrhein-Westfalen“ aufbauen. Meine Damen und Herren, wir brauchen doch auch in diesem Bereich privates Geld in Nordrhein-Westfalen.

(Jochen Ott [SPD]: Wer bezweifelt das denn?)

Für Miet- und Sozialwohnungen, für Energieeffizienz, für Barrierefreiheit benötigen wir dieses Geld dringend.

(Jochen Ott [SPD]: Ja klar!)

– Herr Ott, ich bezweifle das nicht, ich verstehe dann aber nicht Ihre Vorgehensweise, mit der Sie, die Grünen und die Linke immer versuchen, das Feindbild aufzubauen.

(Jochen Ott [SPD]: Beleg!)

Das ist kontraproduktiv, kontraproduktiv für Ihre Ziele.

(Jochen Ott [SPD]: Wir nennen die schwarzen Schafe, Herr Rasche! Nichts anderes!)

Sie werden von verschiedenen Investoren, Herr Ott, genau für dieses Bild, das Sie rein politisch motiviert immer wieder malen, überall kritisiert. Das ist fatal für den Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen.

(Jochen Ott [SPD]: Belege! Stellen Sie sich nicht hinter die schwarzen Schafe!)

– Herr Ott, Sie können doch nicht ernsthaft behaupten, ich würde mich hinter schwarze Schafe stellen. Ich habe doch gerade und in allen Reden zuvor auch genau das Gegenteil bewiesen.

(Jochen Ott [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Viertens. Ihr schlechtes Verhältnis zu wesentlichen Playern in Nordrhein-Westfalen im Bereich Bauen und Wohnen ist der letzte Punkt. – Frau Präsidentin, ich beeile mich.

(Jochen Ott [SPD]: Das gibt es doch gar nicht!)

Es ist einmal die Wohnungswirtschaft, die beklagt, dass Sie die Mietkosten in die Höhe treiben und den Familien den Weg ins eigene Heim erschweren. Es sind Mieterbund und Architektenkammer, die 1 Milliarde € Wohnraumförderung fordern, und es ist wieder die Architektenkammer, die private Investitionen fordert.

Meine Damen und Herren, Sachverstand ist in Nordrhein-Westfalen durchaus vorhanden. Sie sollten als Koalition und Regierung diesen Sachverstand nutzen.

(Zuruf von Rainer Schmelzer [SPD])

Die FDP wird sich weiterhin für eine günstige, gute und zukunftsfähige Wohnraumversorgung in Nordrhein-Westfalen einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Rasche. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Demirel.

(Christof Rasche [FDP]: Wir schützen keine schwarzen Schafe, nicht mal rote Schafe! – Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Wenn es so wäre, wäre es gut!)

Özlem Alev Demirel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rasche, zunächst einmal zu Ihren Ausführungen. Sie haben davon gesprochen, dass wir abstrakte Feindbilder schaffen würden. Ich möchte hier klarstellen, dass wir als Linksfraktion keine abstrakten Feindbilder schaffen, sondern wir gehen erst einmal von dem Grundsatz aus, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, dass jeder Mensch einen Anspruch auf bezahlbaren und guten Wohnraum hat.

Wir gehen von der Faktenlage aus. Wenn man allein heute Zeitung liest, sieht man, wie einige Fi-

nanzinvestoren mit Wohnungsbeständen, sieht man, wie viele verwaorlote Wohnungen da sind, und man sieht auch, wie Mietpreise hochgetrieben werden. Damit wollen wir uns nicht abfinden.

Zu Ihnen, Herr Schemmer. Sie haben eben freundlicherweise darauf hingewiesen, dass Sie auch die 1 Milliarde € Förderung befürworten, und gesagt, dass die SPD in der Frage unglaubwürdig ist. Aber als Konsequenz daraus müssten Sie doch eigentlich unserem Änderungsantrag, nämlich der Aufstockung des Fördervolumens, zustimmen.

(Beifall von der LINKEN)

Machen Sie es doch, Herr Schemmer. Setzen Sie wirklich ein Zeichen! Wenn Sie nicht gewillt sind, einem Linken-Antrag zuzustimmen, dann stellen Sie selbst den Antrag. Ich verspreche Ihnen – das habe ich auch schon im Ausschuss gesagt –, wir werden Ihrem Änderungsantrag dann auch zustimmen.

Herr Ott, eine schöne Rede mit sehr schönen Phrasen. Aber die Frage ist doch, welche Konsequenzen daraus folgen. Ihre Analyse teile ich weitgehend, die Frage ist aber: Was macht die Minderheitsregierung heute im Bereich Wohnen? Ich glaube, dass das Thema „Wohnen“, zumindest die Wohnungspolitik der Minderheitsregierung, derzeit sehr gut für eine Serie, nämlich für eine „Versprochen-und-gebrochen“-Serie, geeignet ist.

(Beifall von der LINKEN)

Fangen wir an bei der Wohnungsbauförderungsanstalt und die Vollintegration in die NRW.BANK. Im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen steht:

„Wir werden prüfen, ob und zu welchen Bedingungen die Vollintegration des Landeswohnungsbauvermögens in die NRW.BANK rückabgewickelt werden kann.“

Was aber ist bisher hierzu passiert? Nichts, rein gar nichts. Dieses Thema wurde bislang nur auf die lange Bank geschoben.

Sehen wir uns die Wohnraumförderung an! SPD und Grüne haben in der Opposition noch gefordert, dass eine Mindestgarantie von 1 Milliarde € für die Wohnraumförderung in das Gesetz geschrieben werden soll. Und was passiert nun in der Regierung? SPD und Grüne fördern nur noch mit 800 Millionen € – und das noch nicht mal komplett aus Landesmitteln, sondern 79 Millionen € kommen aus Bundesmitteln, sprich: 721 Millionen € aus dem revolvingierenden Fonds.

Gehen wir weiter zu den Rückzahlungen an den Bund! Da sieht es ähnlich aus. Die hier fälligen 25 Millionen € Zinsen, die gezahlt werden müssen, sollen nach dem jetzigen Haushaltsentwurf nicht mehr aus dem Landeshaushalt, sondern durch die NRW.BANK aus dem revolvingierenden Fonds gezahlt

werden. Dies mindert jedoch die Summe, die für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung steht.

Was durften wir dazu erleben? Eine enthusiastische Rede, die ihresgleichen sucht, von Herrn Schmeltzer im Bauausschuss, der Kritik an CDU und FDP bzw. an der Vorgängerregierung übt, die nach 2007 damit angefangen hat, die Bundesschuld über diesen revolvingierenden Fonds zu finanzieren. – Welche Taten folgen dieser berechtigten Kritik? Wieder nichts. SPD und Grüne machen es genauso wie Schwarz-Gelb zuvor.

Zum Thema Privatisierung: In der Opposition hat Rot-Grün zu Recht die Verkaufspläne der LEG durch die Vorgängerregierung skandalisiert. Damals haben Sie zusammen mit uns eine Kampagne gegen die Privatisierung geführt.

Auch im Koalitionsvertrag heißt es zum Bereich der RAG-Stiftung – ich zitiere –:

„Drittens müssen die Evonik-Wohnungsbestände so bewirtschaftet werden, dass die Interessen der Mieterinnen und Mieter langfristig gesichert werden.“

Was passiert, seitdem SPD und Grüne in der Regierungsverantwortung sind? Der Börsengang von Evonik wird auf den Weg gebracht. Davon sind über 130.000 Wohnungen von Evonik und THS betroffen, die nun Gefahr laufen, gegen den Willen der Mieterinnen und Mieter privatisiert zu werden. Angesichts der verheerenden Folgen, die der Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände hat, ist dies unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Es zeigt sich also: Es wurde viel geredet, ohne letztlich Taten folgen zu lassen. Es wurde viel versprochen, und genauso viele Versprechungen wurden gebrochen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, entscheidender sind aber die Folgen solcher Politik. Der Bestand geförderter Wohnungen geht immens zurück. Prognosen deuten darauf hin, dass wir in zwei Jahren nur noch 500.000 geförderte Wohnungen auf dem Markt haben werden. Das trifft wieder die gering verdienenden Haushalte, die Armen und die Arbeiterhaushalte, die mittleren Einkommensgruppen übrigens auch. Dies trifft erneut auch die öffentlichen Haushalte. Das ist eine Quadratur des Kreises. Denn aus den öffentlichen Haushalten werden auch die Unterkunftskosten für sogenannte Transferleistungsbezieher bezahlt.

(Beifall von der LINKEN)

Ohne eine starke Wohnraumförderung werden sich die problematischen Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten in NRW weiter verstärken.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

In Regionen mit knappem Wohnungsangebot, wie zum Beispiel im Rheinland, wird es zu erheblichen Mietsteigerungen kommen. In anderen Regionen, beispielsweise im Ruhrgebiet, wird der ohnehin vorhandene Investitionsstau weiter verschärft.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Genau aus diesem Grunde haben wir unsere Änderungsanträge gestellt. Werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, versuchen Sie doch, Ihre Glaubwürdigkeit zu wahren und zu behalten, stehen Sie zu Ihren ursprünglichen Forderungen,

(Beifall von der LINKEN)

stehen Sie zu Ihrem Koalitionsvertrag, und stimmen Sie als logische Konsequenz daraus unseren Änderungsanträgen zu!

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Demirel. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Voigtsberger das Wort.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit diesem Teil des Haushalts werden viele wichtige Impulse für das Land, die Kommunen, für die Menschen in diesem Land gesetzt, die ich im Detail vorstellen möchte.

Zum Bereich Stadtentwicklung: Für die Stadtentwicklung und die Denkmalpflege ist ein Gesamtvolumen von 310 Millionen € im Landeshaushalt 2011 veranschlagt. Damit wird das Vorjahresniveau von 318 Millionen €, das durch die Abwicklung der Konjunkturprogramme 2008 und 2009 bestimmt war, nahezu erreicht und eine Fortführung der baulichen Investitionen auf hohem Niveau gesichert. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sollen vorrangig städtebauliche Maßnahmen der Regionalen gefördert werden, die gemeinschaftlich im Rahmen eines regionalen Strukturprogramms zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Schärfung des regionalen Profils erarbeitet und umgesetzt werden.

Für die kommunale, private und kirchliche Förderung im Bereich der Bau- und Bodendenkmalpflege sind insgesamt 15,1 Millionen € veranschlagt. Die Mittel dienen der Restaurierung und Ausstattung von Denkmälern in öffentlichem, privatem und kirchlichem Besitz sowie der wissenschaftlichen Untersuchung, Bergung und Überführung von archäologischen Funden in Archiven und Museen.

Ein wichtiger Bereich ist die Wohnungsbauförderung. Für die soziale Wohnraumförderung steht im Jahr 2011 ein Programmvolumen von insgesamt 800 Millionen € und damit ein bedarfs- und nachfragegerechter Mittelrahmen zur Verfügung. Priorität haben aber der Mietwohnungsbau auf angespann-

ten Wohnungsmärkten sowie die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes.

Die Eigentumsförderung wird auf die Zielgruppe der sozialen Wohnraumförderung konzentriert, vor dem Hintergrund der finanziellen Rahmenbedingungen und der regionalen Wohnungsmärkte aber auch neu justiert.

Auf die Frage der 800 Millionen € sind wir schon an verschiedenen Stellen eingegangen. Wir haben begründet, wie sich das aus der Systematik des revolvierenden Fonds ergibt. Das ist eigentlich allen Akteuren, die heute gesprochen haben, klar. Aber es muss wahrscheinlich immer wieder wiederholt werden. Es ist letztendlich aus der Systematik des Fonds begründet.

Meine Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Element der sozialen Absicherung: Bei der Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte wollen wir 415,4 Millionen € im Jahr 2011 für das Wohngeld zur Verfügung stellen.

Der Einzelplan 14 steht auch für rund 50 Sonderliegenschaften des Landes und die Erfüllung der Baulastverpflichtung bei rund 140 kirchlichen Gebäuden ein. Auch dazu sind entsprechende Mittel eingestellt und werden von uns projektbezogen vergeben. Bei den Gebäuden handelt es sich im Wesentlichen um Baudenkmäler, die Teil unseres baukulturellen Erbes sind, wie zum Beispiel das UNESCO-Weltkulturerbe von Schloss Augustusburg in Brühl.

Meine Damen und Herren, das waren zu dem Bereich Wohnungsbau und Städtebau die Ausführungen zum Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Teilbereich vor.

Damit kommen wir zum

Teilbereich Verkehr

Als nächster Redner hat das Wort für die CDU-Fraktion Herr Kollege Lehne.

Olaf Lehne (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Landesregierung, sehr geehrter Herr Minister Voigtsberger! Der von Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt deutlich: Sie können es nicht. Die Rückführung der Landesstraßenbaumittel zum Zwecke des Neubaus in Höhe von 67 Millionen € auf 55 Millionen € führt nicht nur dazu, dass wichtige Straßen und Straßenbauprojekte nicht den Sprung in das Neubauprogramm für

2011 geschafft haben, sondern Sie kommen auch ihrer vollmündigen Ankündigung, eine nachhaltige Aufstockung der Mittel für den Landesstraßenerhalt vorzunehmen, nicht nach.

Lediglich 5,5 Millionen € führen Sie dem Landesstraßenerhalt zusätzlich zu, und Sie wollen 78,48 Millionen € für Reparaturen und Sanierungen bereitstellen. Auch Sie wissen, dass dies zu wenig ist.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Liebe Landesregierung, Herr Minister, der von Ihnen großspurig proklamierte Paradigmenwechsel im Landesstraßenbau ist eine totale Luftnummer. 2009 hat die CDU- und FDP-geführte Landesregierung 80,2 Millionen € für Sanierungen ausgegeben.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Herr Kollege, das dürfte etwas mehr sein, als ich eben genannt habe – ausweislich des Haushaltsentwurfs Ihrer Landesregierung. Der von Ihnen reklamierte Kurswechsel im Straßenbau ist also nicht wirklich auf Ihren Mist gewachsen. Sie geben sogar weniger Geld aus, als wir es vorher getan haben.

(Jochen Ott [SPD]: Aha!)

Die Vorgängerregierung hatte Ihnen dieses bereits vorgemacht. Es gibt allerdings wesentliche Unterschiede zu Ihrer Politik. CDU und FDP haben das eine getan, ohne das andere zu lassen. Notwendiger Neubau und erforderliche Sanierungen wurden ermöglicht, ohne Ihre uferlose Neuverschuldung, sondern bei fortgesetzter Haushaltskonsolidierung in hohem Umfang. Die Landesregierung weiß hingegen noch nicht einmal, wie man das Wort „Haushaltskonsolidierung“ schreibt, und bestreitet wiederholt im Parlament die Richtigkeit der Entscheidung des Landesverfassungsgerichts.

Dem Radwegebau wollen Sie mehr Bedeutung zukommen lassen. Deshalb erhöhen Sie kräftig die Ansätze für den kommunalen Radwegebau und den Bau von Radwegen entlang von Landstraßen. Hier wäre angesichts des Sanierungsstaus auf den bestehenden regulären Straßen weniger mehr gewesen. Die CDU/FDP-Regierung hatte aus diesem Grunde unter anderem den Bürgerradwegebau sehr erfolgreich vorangetrieben, der zugleich das bürgerschaftliche Engagement in unserem Land deutlich beflügelt hat. Im Bereich des ÖPNV für 2011 stellen Sie nunmehr 15 Millionen € für eine rein konsumtive Anreizfinanzierung für das vermeintlich soziale Sozialticket zur Verfügung. Sie verschleiern damit eine Unterfinanzierung für das Jahr 2011 und die Folgejahre. Sie verschleiern damit, dass Sie die Kommunen und Verbände weit mehr belasten und Ihnen weit höhere Kosten aufbrummen. Das ist nicht fair:

(Beifall von der CDU)

Geld, das die Kommunen und Verbände eben nicht haben. Diese Kalkulation wird wahrscheinlich vom Finanzminister stammen, der schon des Öfteren

bewiesen hat, dass er nicht weiß, wovon er spricht. Für das kommende Jahr sollen es dann gar 30 Millionen € werden, die Sie den Verkehrsverbänden angedeihen lassen wollen, wenn diese ein Sozialticket einführen. Dabei ist bereits jetzt absehbar, dass das Sozialticket landesweit exorbitant teuer wird und die Anreizfinanzierung einen Ausgleich nicht ansatzweise schaffen kann.

(Beifall von der CDU)

Sie beweisen, dass Sie es eben nicht können. Diese Landesregierung ist noch nicht einmal in der Lage, sich die Erfahrungen der Stadt Dortmund zu eigen zu machen, die bereits vor zwei, drei Jahren probeweise ein Sozialticket eingeführt hatte. Nur die Kommunisten, die Linke, Ihr stiller Koalitionspartner, übertreffen Sie an dieser Stelle noch mit der unglaublichen Forderung, im Landeshaushalt gleich 100 Millionen € bereitstellen zu wollen. Auch dieses Geld haben das Land und der Steuerzahler nicht, und diese Investition hat auch keinerlei investive und nachhaltige Wirkung.

Frau Löhrmann, Frau Kraft – beide natürlich nicht anwesend –, Herr Voigtsberger, wir sind gespannt, wie viel Einsparungen die Landesregierung an den richtigen Stellen vielleicht noch vornehmen wird. Hierfür gibt es reichlich Bedarf. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lehne. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Ott.

(Zuruf von der CDU)

Jochen Ott (SPD): Es ist immer schön, dass sich alle so an Köln abarbeiten. Ich weiß nicht, ob das einem Düsseldorfer zusteht. Aber das ist ein anderes Thema. – Jetzt fange ich an. Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! NRW ist das bevölkerungsreichste Bundesland in Deutschland. Deshalb ist für 18 Millionen Menschen, die hier leben und arbeiten, Mobilität die Voraussetzung für Teilhabe am Erwerbsleben und für Lebensqualität. NRW ist das Verkehrsland Nummer eins, die Transitdrehscheibe für Ost-West wie Nord-Süd, Logistikstandort von europäischem und globalem Rang. NRW ist der Wirtschaftsstandort Nummer eins in Deutschland. Ohne NRW wäre die Exportnation Deutschland nicht denkbar.

Aber Mobilität in NRW wird in Deutschland nicht so gefördert, wie es angemessen wäre. Deshalb – das sage ich vorweg – ist es eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Parteien in diesem Landtag und der NRW-Vertreter im Deutschen Bundestag, dafür zu sorgen, dass wir mehr Mittel für Nordrhein-Westfalen bekommen, und es ist dringend notwendig, gemeinsam den Mobilitätsinfarkt in unserem Bundes-

land zu stoppen und ohne ideologische Scheuklappen zu versuchen, den besten Weg gemeinsam zu formulieren, Prioritäten zu setzen, und zwar gemeinsam mit dem Bund, der immerhin für Flughäfen und Flugverkehr, Bundes- und Bundesfernstraßen, für die Deutsche Bahn, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, um nur einige Beispiele zu nennen, verantwortlich und letztlich auch Hauptfinanzierer ist. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir ein Augenmerk darauf legen, dies gemeinsam anzustoßen.

Drei Aspekte sind für unsere Politik in diesem Land besonders wichtig. Es ist ein Rückgrat für unser Land, so wie wir es jetzt kennen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Interessen der Bürger, der Arbeitnehmer und der Unternehmer gleichermaßen im Blick haben. Es ist auch deutlich, dass es in diesen Fragen oft Interessenkonflikte gibt, Interessen von den Anliegern, den Anwohnern, von Umweltschutzverbänden, von der Wirtschaft. Wir müssen sehen, dass wir diese Interessenlagen zusammenbinden.

Verkehrsinfrastrukturpolitik muss sich aber dann, Herr Lehne, auch an den Realitäten orientieren. Es geht nicht wie in der Vergangenheit, reine Luftlöcher zu versprechen, schöne Veranstaltungen zu machen, in denen Straßenneubauten gefeiert werden – mit einem schönen Büfett –, dann passiert aber jahrelang nichts mehr. Da fühlen sich die Leute vor Ort nämlich, ehrlich gesagt, verarscht.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie primitiv! Das ist aber unparlamentarisch!)

Man sollte sich lieber auf das konzentrieren, was machbar ist, und gemeinsam Prioritäten festsetzen.

Verkehrsinfrastrukturpolitik ist vor allen Dingen aber auch Prävention. Auch das spielt in der heutigen Haushaltsdebatte eine große Rolle, denn wir haben dafür zu sorgen, dass wir für die Zukunft Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität sichern.

Verehrte Damen und Herren, eine verantwortliche Verkehrspolitik in ihren Grundzügen hat die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung vorgestellt. Wir brauchen alle Verkehrssysteme, alle Verkehrsträger in Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist eine Konzentration auf Straße, die auch in Ihrem Beitrag wieder den größten Teil eingenommen hat, die auch die CDU/FDP-Landesregierung der Vergangenheit vorgenommen hat, der falsche Weg, zumal Sie auch nur sprachlich die Straße immer nach vorne gestellt haben. Sie haben ja nicht dafür gesorgt, dass es eine auskömmliche Finanzierung gab.

(Beifall von der SPD und von Arndt Klocke [GRÜNE])

Deshalb ist es doppelt falsch. Die Konzentration auf die Straße ist, für sich genommen, falsch. Dies nur sprachlich nach vorne zu stellen, ist ebenso falsch.

Für uns ist es wichtig, das zusammen in den Blick zu nehmen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Ver-

kehrsträger miteinander verknüpft werden. Wir wollen vor allen Dingen mehr Verkehr auf die Schiene und auf die Wasserstraßen bringen, um die Straßen zu entlasten.

Das Straßennetz in Nordrhein-Westfalen ist in weiten Teilen – das wissen wir alle – überlastet. 90 % der Personenverkehrsleistungen und 70 % der Güterverkehrsleistungen werden auf der Straße erbracht. Verkehrszuwächse, wie sie von allen prognostiziert werden, sind kaum noch verkraftbar. Die prognostizierten Verkehrszuwächse machen aber deutlich, dass der Neubau zusätzlicher Straßen in dem erforderlichen Umfang gar nicht finanzierbar ist und an manchen Stellen auch ökologisch nicht vertretbar ist.

Der Blick aufs Straßennetz macht deutlich: 20 % der 2.189 Autobahn-km in NRW sind in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand, 30 % unserer Bundesstraßen, 4.875 km in NRW, sind in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. In beiden Fällen ist der Bund gefordert. Er senkt jedoch die Mittel für den Bundes- und Fernstraßenausbau von 380 Millionen € im Jahr 2010 auf 300 Millionen € im Jahre 2011 und auf 170 Millionen € im Jahre 2012.

(Christof Rasche [FDP]: Völliger Quatsch! Ehrlich bleiben!)

Die Folgen wird NRW zu tragen haben. Da hilft der Einwand nicht, es handele sich bei den Kürzungen allein um wegfallende Konjunkturfördermittel. Fest steht, die Ausfinanzierung für die Straßen in Nordrhein-Westfalen ist nicht auskömmlich.

12.800 km Landesstraßen liegen in unserer unmittelbaren Verantwortung. Davon waren 40 % bereits 2004 in schlechtem bis sehr schlechtem Zustand. Der Trend ist in den letzten Jahren Ihrer Regierung weiter vorangeschritten. Mittlerweile kamen zwei harte Winter hinzu. Die Menschen vor Ort erleben jeden Tag, wie der Zustand der Straßen in diesem Land ist.

Auf das Thema „Brücken“ will ich aus Zeitgründen gar nicht eingehen. Aber der Zustand der Brücken ist an vielen Stellen beängstigend.

Deshalb müssen wir den Schwerpunkt auf mehr Erhalt und weniger Neubau verlagern. Wir müssen dafür sorgen, dass das Volksvermögen, nämlich die Straßen in diesem Land, in einem vernünftigen Zustand sind. Wir müssen dafür sorgen, dass sich das im Haushalt abbildet. Dafür haben wir die Ansätze umgedreht.

Herr Lehne, ich gebe offen zu, mir wäre es auch lieber, wir hätten noch mehr Geld für den Straßenerhalt zur Verfügung stellen können. Angesichts der Haushaltssituation war das nicht möglich. Notwendig ist es, das Augenmerk in den nächsten Jahren weiter darauf zu setzen.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

Wir müssen dafür sorgen, dass der Straßenneubau auf die Projekte konzentriert wird, die sinnvolle Lückenschlüsse sind, die positive Effekte fürs Straßennetz insgesamt und für die Lebensqualität der Anwohner haben. Eine neue Ortsumgehung kann nicht nur Fluch, sondern auch ein Segen für viele Tausend Anwohner sein, die sonst nämlich die Durchgangsstraße ertragen müssten. Deshalb müssen wir das von Fall zu Fall abwägen.

(Zuruf von Olaf Lehne [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit der Straßenbau aber funktioniert, braucht es arbeitsfähige Landesstraßenbehörden, in dem Fall der Landesbetrieb Straßen.NRW. Was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, nämlich diesen Landesbetrieb Straßen.NRW komplett vor die Wand zu fahren,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

ist unverantwortlich. Wir haben dafür gesorgt, dass dieser Betrieb durch das Haushaltsrecht 2010 gesichert wurde. Wir wissen, dass wir den Beschäftigten im Umstrukturierungsprozess viel zumuten, der für die Zukunft dieses Straßenbetriebs und damit für die Planung und die Verwirklichung von Neubaustraßen und Straßenerhalt von großer Bedeutung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der ÖPNV in Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls an den Grenzen der Belastbarkeit angekommen. Er ist unverzichtbar. Wir müssen den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen wieder stärken. Und wir werden dafür sorgen, dass schon in diesem Haushalt mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Das haben wir vorher angekündigt. Damit machen wir ernst. Und wir sorgen dafür, dass wir insgesamt im ÖPNV-Gesetz die Finanzierung auf eine neue Basis stellen.

Wir haben die von Ihnen gestoppte Schülerfahrtkostenförderung wieder eingeführt und 31,5 Millionen € zusätzlich dafür bereitgestellt. Wir haben die Ungleichbehandlung bei der Schülerbeförderung abgeschafft – alles Anträge, die hier im Plenum oder im Fachausschuss mit Mehrheit verabschiedet worden sind.

Wir haben die soziale Komponente des ÖPNV gestärkt und werden das Sozialticket für die Verkehrsverbünde in NRW auf den Weg bringen. Auch hier gilt: Versprechungen, die wir machen, müssen wir auch einhalten können. Deshalb ist es sinnvoll, mit dem Sozialticket einen Einstieg zu wählen. Es ist sinnvoll, gesellschaftliche Teilhabe der Menschen in unserem Land, auch derjenigen, die nicht über prall gefüllte Geldbörsen verfügen, zu gewährleisten. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn dies auch von unseren Bundeskolleginnen und -kollegen aller Fraktionen in den nächsten Beratungen im Bereich Hartz IV übernommen werden würde.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

Ein Blick auf die Schiene, einem weiteren Thema, das in diesem Land von großer Bedeutung ist, der Ausbau des SPNV und der großen Bahnprojekte: RRX und Betuwe-Linie sind ohne konkrete Finanzierung des Bundes zeitnah nicht umsetzbar. Sie sind aber mehrfach auch vom früheren Ministerpräsidenten großartig angekündigt worden. Deshalb pochen wir darauf, dass die Verträge und die Abschlusserklärungen eingehalten werden. NRW darf nicht länger das Stiefkind der Verkehrsinfrastrukturpolitik in Deutschland sein. Diese beiden Projekte müssen kurzfristig angeschoben werden. Deshalb unterstützen wir die Landesregierung bei ihrem Versuch, das in Zusammenarbeit mit dem Bundesverkehrsminister hinzubekommen.

Wer den Wirtschaftsstandort NRW stärken will, der muss die Verkehrsinfrastruktur stärken. Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir die verschiedenen Güter zusammen denken, wie ich eben schon angesprochen habe.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau von Boeselager?

Jochen Ott (SPD): Nein, jetzt nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Nein. Keine Zwischenfrage.

Jochen Ott (SPD): Der Güterverkehr – darüber haben wir eben gesprochen – muss auf die anderen Verkehrssysteme übertragen werden, insbesondere auf Luft und Wasser.

Um auf das Wasser einzugehen: Die Landesregierung misst dem Verkehr auf den Wasserstraßen besondere Bedeutung bei und hat dafür zusätzliche Mittel eingestellt. NRW hat eine gute und intakte Infrastruktur an Binnenwasserstraßen. Im Moment sind sie nur zu 8 % ausgelastet. Das macht deutlich, dass auf den Wasserstraßen Möglichkeiten bestehen.

Wir beobachten aber mit großer Sorge die Bemühungen der Bundesregierung, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes von einer Ausführungs- zu einer Gewährleistungsverwaltung zurückzuführen. Privatisierungen in diesem Bereich, insbesondere im Bereich der Sicherheit, halten wir für hochproblematisch. Es ist schon erschreckend, zu sehen, dass wir in Nordrhein-Westfalen keine Kräne mehr haben, um havarierte Schiffe wieder zu heben. Diese Kräne sind privatisiert und verkauft worden. Jetzt müssen sie im Fall eines Unglücks für teures Geld in den Niederlanden geliehen werden. Das ist ein verhängnisvoller Weg. Ich bitte Sie als Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU dringend, dieses Vorgehen mit Ihren Kollegen in Berlin zu stoppen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zeit gestattet es nicht, alle Verkehrsträger ausführlich zu besprechen. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Haushalt einen wichtigen Ansatz geschaffen haben.

Eines ist mir nach einem Dreivierteljahr in diesem Feld allerdings klar geworden: Wenn wir große Infrastrukturprojekte bewegen wollen, dann müssen wir sie gemeinsam bewegen, oder NRW fällt weiter zurück. Hier biete ich Ihnen an: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Ich möchte Sie sanft, aber von Herzen für den Ausdruck rügen, der unparlamentarisch war. Deswegen spreche ich ihn hier nicht aus. Sie wissen aber, was gemeint war. Diesen Ausdruck benutzen wir hier nicht.

Herr Klocke, Sie haben für die grüne Fraktion das Wort zum Thema „Verkehr“. Bitte schön.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist der erste rot-grüne Haushalt im Verkehrsbereich. Wir setzen im Haushalt auf Kontinuität, aber auch auf Neuerungen. Insbesondere setzen wir auf den Modal Split. Wenn man mit der CDU im Ausschuss diskutiert, hört man nämlich immer nur: Auto, Auto; Straßen, Straßen.

(Olaf Lehne [CDU]: So ein Quatsch!)

– Lieber Herr Lehne, es gibt mehr Verkehrsträger. Das wissen Sie auch. Dummerweise sprechen Sie sie in den Debatten nicht an. Sie wissen das alles. In jeder Ausschussdebatte kommen Sie aber mit Ihren Straßenlisten an. Bei Ihnen geht es immer um die Frage, was Nordrhein-Westfalen für das Auto machen kann.

Wir setzen in diesem Haushalt klar auch die Töpfe hoch, die eine Alternative zum Auto bieten, insbesondere beim Radwegebau. Das tun wir nicht, weil wir den Leuten das Auto verbieten wollten. Darum geht es überhaupt nicht. Vielmehr geht es um einen vernünftigen Modal Split, also darum, dass die Leute die Möglichkeit haben, das Auto zu nutzen, wo es nötig ist, die Bahn zu benutzen, wo es möglich ist, das Fahrrad vernünftig zu benutzen und auch praktische Alternativen zur täglichen Automobilität zu haben. Der Haushalt ist darauf ausgerichtet, die Alternativmöglichkeiten entsprechend zu fördern und auszubauen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Klocke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehne?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich möchte gerne erst weiter ausführen. Am Ende würde ich die Zwischenfrage aber auf jeden Fall zulassen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut, dann warten wir bis zum Ende ab.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich würde Ihnen gerne erst noch mit einigen Fakten aus dem Haushalt, die Sie vielleicht noch nicht kennen, ein paar Argumente liefern. Vielleicht können Sie danach trotzdem entsprechend fragen.

Wir fördern den Ausbau des ÖPNV mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden €. Das sind mehr als 70 Millionen € zusätzlich.

Wir haben die SPNV-Pauschale – das sind die Gelder, die an die drei Kooperationsräume gehen, also an die drei großen Verbünde VNR, VRR und NWL – auf 837 Millionen € heraufgesetzt.

Wir haben auch die ÖPNV-Pauschale auf 110 Millionen € erhöht.

Außerdem haben wir, wie vom Kollegen Ott eben schon erwähnt, mit der Teilnovelle des ÖPNV-Gesetzes für den Ausbildungsverkehr 100 Millionen € zusätzlich bewegt. In vielen Gesprächen mit den Menschen vor Ort, beispielsweise Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern, wird klar, dass das eine entscheidende Summe ist, die vor Ort dringend gebraucht wurde.

Jetzt kommen wir zum Sozialticket, lieber Herr Lehne. Sie von der CDU müssten sich schon entscheiden, was Sie eigentlich möchten. Wollen Sie einsparen und, wie Herr Laumann vorgeschlagen hat, alle Fördertöpfe um 2 % kürzen? Oder wollen Sie mehr Geld ausgeben?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn Sie mehr Geld ausgeben wollen, müssen Sie uns sagen, wo Sie beim Sozialticket noch draufsateln wollen.

Eben haben Sie in diesem Zusammenhang die Linke als unseren angeblichen Koalitionspartner bezeichnet. Beim größten Verkehrsverbund in diesem Land, dem VRR, gibt es eine Kooperation zwischen CDU und Grünen. Sie haben in ihrem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2009 die Einführung eines Sozialtickets in diesem Verkehrsraum festgeschrieben. Das sind Ihre Kollegen aus dem Ruhrgebiet. Vielleicht sollten Sie einmal nachfragen. Darüber hinaus gibt es im Kreis Unna ein Sozialticket. Im Kreis Unna stellen CDU, Grüne und FDP die Mehrheit. Dort ist es schon eingeführt worden. Dafür brauchen wir also gar nicht die Linke. Das machen Ihre Kollegen vor Ort schon.

Wir haben in diesem Haushalt bewusst nur 15 Millionen € festgelegt, weil das Sozialticket erst zum 1. Juli in den entsprechenden Regionen an den

Start gehen kann. Es werden sich zunächst auch nicht alle beteiligen.

Ich kann Ihnen aber einmal meine eigene Erfahrung schildern. Seinerzeit habe ich für meinen Asta in Münster das Semesterticket verhandelt. Damals gab es drei Hochschulen, die es genutzt haben. Da hieß es auch: Ist das wirklich notwendig? Wird es nicht vielleicht ein Rohrkrepiierer? – Mittlerweile haben fast alle Universitäten und Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen ein Semesterticket.

Dieses Sozialticket wird ein ähnliches Erfolgsmodell sein. Es wird zunächst ein oder zwei Verbände geben, die es einführen – in diesem Jahr höchstwahrscheinlich nur der NVR. Andere werden nachziehen. Dafür setzen wir in diesem Haushalt 15 Millionen € ein. Ab dem nächsten Haushalt für 2012 werden es 30 Millionen € jährlich sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nun komme ich zum Straßenbau. Herr Lehne, Sie haben eben suggeriert, dass dafür so wenig ausgegeben werde. – In diesem Haushalt sind 162 Millionen € für den Straßenbau, also Straßenerhalt und Straßenneubau, beinhaltet. Wir haben allerdings umgeschichtet.

Auf Antrag der FDP-Fraktion, also von Herrn Rasche, haben wir am 23. März 2011 zahlreiche Experten aus dem Verkehrsbereich angehört, beispielsweise die Mobilitätsverbände, aber auch alle anderen Betroffenen. Quer durch die Bank haben die Angehörten argumentiert – das sagt Herr Ramsauer in Berlin im Übrigen auch –, dass es heutzutage viel sinnvoller ist, in Erhalt zu investieren, also in Sanierung der Straßen, als in den Ausbau. Gerade nach den hinter uns liegenden schweren Wintern muss mehr Geld in die Straßensanierung fließen. Das ist auch wirtschaftlich besser, es hat mehr Arbeitsplatzeffekte, und es ist vor Ort nötiger.

Aber auch für den Ausbau investieren wir 55 Millionen €. Deswegen kann gar nicht die Rede davon sein, dass hier im Straßenneubau nichts mehr passiert. Es werden auch einige Ortsumgehungen gebaut werden. Allerdings gibt es im Haushalt eine Umschichtung hin zu Sanierung. Die Anhörung, die hier in diesem Saal stattgefunden hat, hat auch gezeigt, dass das notwendig ist.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist etwas einseitig dargestellt!)

Jetzt kommen wir noch einmal zu dem, was wir unter umweltgerechter Mobilität verstehen. Auf diesem Feld haben Sie nämlich in den letzten Jahren zu wenig gemacht. Die damalige rot-grüne Landesregierung hat 1997 das Programm „100 Fahrradstationen in NRW“ an den Start gebracht. Einige wissen aus ihren Städten – insbesondere die Münsteraner wissen das, aber auch die Kölner und die Düsseldorf –, wie wichtig Radstationen an den Bahnhöfen als Mobilitätszentralen sind, um Räder einzustel-

len, Räder zu entleihen und Räder reparieren zu lassen.

In den Jahren bis 2005 sind in Nordrhein-Westfalen 59 Radstationen eingeweiht worden. 100 sollten es werden. In den fünf Jahren, die danach kamen, sind bislang noch sieben eingeweiht worden. – Das ist Ihre Radverkehrspolitik.

Sie haben die Mittel von 12 Millionen €, die es früher für den Radwegebau an Landstraßen gab, im letzten Haushalt auf 4,9 Millionen € abgesenkt. Im kommunalen Bereich haben Sie die Mittel abgesenkt von 11 Millionen auf 6,5 Millionen. Diese Beträge setzen wir jetzt wieder hoch. Wir erhöhen die Ansätze nicht, sondern wir setzen sie auf die Beträge hoch, die bis 2008 im Haushalt standen. Sie haben da gekürzt:

(Christof Rasche [FDP]: Das war doch nur ein Jahr!)

– Das war nur ein Jahr, aber das zeigt doch, wie Ihr Verhältnis zur Mobilität ist. Sie wollen mehr in Straßenbau, in Neubau investieren, aber Sie wollen keine Gelder für den Radverkehr verwenden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist Ihre Politik, lieber Herr Rasche, und insbesondere auch die der CDU.

(Olaf Lehne [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Zum Abschluss versuche ich es noch mit versöhnlichen Worten. Diese gibt es im Ausschuss auch, denn wenn wir sachlich miteinander diskutieren, stellen wir fest, dass – jedenfalls in der Aufstellung – ein großes Maß an Gemeinsamkeiten – und ein breites nordrhein-westfälisches Bündnis existiert, um im Bund mit unseren Anliegen überhaupt durchzudringen.

Mir hat leider, Herr Lehne, in Ihrer Rede gefehlt, dass Sie nichts zu dem, was Herr Ott in seiner Rede erwähnt hat, gesagt haben, dass nämlich ab dem nächsten Bundeshaushalt die Gelder für Nordrhein-Westfalen für Straßenbau, für Umgehungsstraßen vonseiten des Bundesverkehrsministeriums deutlich heruntergesetzt werden, und zwar deutlicher heruntergesetzt werden als all das, was wir überhaupt für den Neubau ausgeben. In diesem Hause müsste eigentlich Einigkeit bestehen, dass wir das nicht wollen. Das muss das Signal nach Berlin sein: Wir wollen keine Reduzierung der Straßenbaumittel.

(Beifall von der SPD)

Das Signal nach Berlin muss auch sein, dass Nordrhein-Westfalen bei den großen zentralen Infrastrukturprojekten – insbesondere im Schienenverkehr, also betreffend den RX im Ruhrgebiet, die Betuwe-Linie und den Eisernen Rhein –, egal, welcher Couleur die handelnden Personen hier sind, egal, welcher Partei sie angehören und um welche Region es geht, in Berlin einfach abgehängt ist. Das gilt par-

teübergreifend. Auch in rot-grüner Zeit hat es da zu wenig Mobilisierung gegeben, und das setzt die jetzige Bundesregierung fort:

Die zentralen Infrastrukturgelder in Deutschland gehen leider in den Süden. Und für die Süd-Ost-Magistrale Nürnberg-Halle-Dresden, die noch gebaut wird, werden insgesamt 15 Milliarden in den nächsten Jahren verbaut, und nach Nordrhein-Westfalen soll maximal eine Milliarde gehen, obwohl wir das größte Bundesland sind, die größte Einwohnerdichte haben und der größte Industriestandort sind.

Da müssten wir uns eigentlich alle miteinander einig sein, dass sich das in Zukunft ändern muss und dass Druck auf die Planung der Bahn AG und auf das Bundesverkehrsministerium aufgebaut werden muss, damit sich in den nächsten Jahren etwas bewegt. Ich würde mich freuen, wenn Sie das entsprechend unterstützen würden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau von Boeselager?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, ich wollte darauf zurückkommen, weil sich Herr Lehne schon am Anfang gemeldet und eine Zwischenfrage hatte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt hat sich Frau von Boeselager gemeldet, aber wir nehmen Herrn Lehne noch dazu.

Arndt Klocke (GRÜNE): Wenn das noch klappt, dann gerne beide.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass Ihr Staatssekretär Becker die Gelder, die für Straßenbau auf Bundesebene zur Verfügung stünden, gar nicht abrufft?

Arndt Klocke (GRÜNE): Nein, das ist mir nicht bekannt. Mir ist nur bekannt, dass das im letzten schwarz-gelben Haushalt nicht der Fall war, dass da Gelder zurückgewandert und Gelder aus dem Straßenbau in die globale Minderausgabe geflossen sind. Das ist mir von unserem jetzigen Staatssekretär nicht bekannt. Ich werde es gerne nachprüfen, ich kann es mir aber nicht vorstellen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Können wir die zweite Frage anschließen? Dann lassen wir die Zeit stehen. Bitte schön, Herr Lehne.

Olaf Lehne (CDU): Ist Ihnen bekannt – Sie waren in der letzten Ausschusssitzung anwesend –, dass wir dort über eine Stunde über Fahrradwege disku-

tiert haben und alle gemeinsam geschlossen sehr erfreut waren über das, was uns vorgetragen worden ist?

Arndt Klocke (GRÜNE): Das ist mir bekannt. Deswegen sage ich ja: In den Ausschusssitzungen, die in der Regel nicht so sehr von der Öffentlichkeit besucht sind, wird es durchaus von Ihnen – es gibt bei Ihnen in der CDU-Fraktion auch einen Kollegen, der sich um dieses Thema rühlig kümmert – zum Thema gemacht.

Aber hier in den Plenardebatten, in Ihren Presseerklärungen, in dem, was Sie an die Presse herausgeben, haben Sie immer nur ein Feindbild vor Augen und wollen uns Grünen ankleben, Autofeinde zu sein. Aber das glauben Ihnen doch maximal nur noch die Leute, die auch noch glauben, dass die Grünen den ganzen Tag am Stricken und Kinderstilen sind.

(Heiterkeit von der LINKEN)

Das ist einfach ein altes Phantombild, das Sie versuchen aufzubauen.

Wir bauen auch Straßen – da, wo es notwendig ist –, aber wir wollen auch, dass gleichberechtigt in Bahn und in Fahrradwege investiert wird, damit die Leute eine echte Alternative bei der täglichen Mobilität haben, lieber Herr Lehne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage vom Kollegen Lehne? Das wäre die letzte, die ich zulasse, da wir eigentlich nur zwei pro Themenblock vereinbart hatten. – Ich kenne sogar Grüne, die noch nie ein Kind gestillt haben. – Herr Kollege Lehne, bitte schön.

Olaf Lehne (CDU): Sie haben eben – denke ich – nicht richtig zugehört. Deswegen frage ich noch einmal nach:

Es gab eben eine Rede des Abgeordneten Olaf Lehne, in der über 30 bis 40 Sekunden die Fahrradwege erwähnt und auch ausdrücklich betont wurde, was wir in dieser Hinsicht damals alles unternommen haben. Deswegen ist das, was Sie ausführen, inhaltlich nicht richtig. Teilen Sie diese Auffassung?

Arndt Klocke (GRÜNE): Da muss ich zugeben, sehr geehrter Herr Kollege, dass ich Ihnen vielleicht in dem Moment nicht so aufmerksam zugehört habe wie in den anderen fünf Minuten, die Sie über Straßenbau und Auto geredet haben, sage Ihnen aber zu, dass ich in Zukunft mehr zuhören werde, und würde Ihnen den Wunsch mit auf den Weg geben, sich mehr dem Fahrrad zu widmen. Das würde Ihnen insgesamt politisch auch guttun.

Dann danke ich allen für die Aufmerksamkeit; ich nehme an, dass meine Redezeit abgelaufen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Prima, danke schön, Herr Kollege Klocke. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Einzelplan 14, Verkehrspolitik, ist immer ein interessantes Thema gewesen. Es wurde immer reichlich diskutiert, weil es dort, obwohl wir es im Ausschuss sehr gut miteinander können – Herr Klocke, da haben Sie recht –, doch den einen oder anderen Unterschied bei der Priorisierung gibt, vor allem, wenn es um die Straße geht.

Reden wir jetzt doch über den Haushalt, über den Einzelplan und über die Bilanz der Politik im Bereich Verkehr seit der vergangenen Landtagswahl.

Ich beschreibe zunächst einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Ist-Zustand. Die Belastung der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist extrem.

Nordrhein-Westfalen ist in Deutschland das Stauland Nummer eins. 57.000 Staus mit einer Gesamtlänge von 135.300 Kilometern in einem Jahr. Dies entspricht einer durchschnittlichen Länge von Staus pro Tag von 370 Kilometern. Von den bundesweiten Staus ist Nordrhein-Westfalen durch rund ein Drittel betroffen. 20 % der bundesweiten Verkehrsleistung findet in Nordrhein-Westfalen statt.

Und die Staubelastung wird dramatisch anwachsen. Bis 2025 soll der Güterverkehr um 84 % steigen; auf zentralen Achsen in Nordrhein-Westfalen wird der Anstieg weit über 100 % liegen. Beim Personenverkehr wird ein Anstieg von 25 % erwartet.

Dann stellt sich natürlich die Frage: Was tut die Landesregierung, um den Kollaps unseres Verkehrssystems zu verhindern? – Es wurde ein Gutachten über Stauursachen in Auftrag gegeben. Am 23. Mai – und das begrüßen wir – findet eine große Mobilitätskonferenz statt. Aber – das dürfen wir hier nicht verschweigen – in zentralen Fragen der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik blockieren sich SPD und Grüne. Bisher, lieber Herr Schmelzter, hat sich die grüne Staupolitik durchgesetzt. Das wird sich ja vielleicht ändern.

(Lachen von Rainer Schmelzter [SPD])

Alle Verkehrsträger sind von diesem Stillstand betroffen. Die verschiedenen Verkehrsträger möchte ich jetzt ansprechen.

Zunächst komme ich zum Verkehrsträger Schiene. Ihr schlechtes Verhältnis – ich meine die Regierung – zur deutschen Bahn AG gefährdet zahlreiche Projekte in Nordrhein-Westfalen. Früher haben nordrhein-

westfälische Regierungen, auch SPD-geführte, mit der DB an einem Strang gezogen. Heute wird die rot-grüne Regierung im Verkehrsausschuss von völlig neuen Positionen der Deutschen Bahn überrascht. Das ist ein Armutszeugnis.

Die Qualität im Schienenpersonennahverkehr wird unter SPD und Grünen – sie regieren dieses Land – immer schlechter. Zahlreiche RE-Züge sind völlig überfüllt und zudem oft verspätet. Ein wichtiger Schlüssel ist sicherlich der Kompromiss zwischen DB AG und VRR. Eine Handschrift der Regierung ist aber auch an der Stelle nicht zu erkennen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Ich fahre oft zusammen mit Frau Schneckenburger. Sie hat mir sogar schon einmal ihren Platz angeboten. Ich bin aber stehen geblieben.

Auf Initiative der FDP werden NE-Bahnen im Haushalt seit 2010 wieder gefördert. Sie setzen diese Förderung, die Sie auf null gefahren hatten, jetzt fort.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Herr Kollege, Sie können ja mal Ihren jetzigen Parlamentarischen Staatssekretär fragen, wie er früher als verkehrspolitischer Sprecher der Grünen zum Landtag gekommen ist. – Zu 95 % mit dem Auto und so gut wie nie mit dem Zug! Das war Ihre Ehrlichkeit in der Politik, meine Damen und Herren.

Ihre Forderungen, Berlin solle mehr für die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen tun, ist doch ein reines Ablenkungsmanöver.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Nein! Fakt! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie wollen von der FDP auf Bundesebene ablenken!)

Offensichtlich agieren Länder wie Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg erfolgreicher und geschickter als Sie.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Zu welcher Zeit denn?)

Denn – der Kollege Klocke hat es gerade angeführt – das Geld geht nach Hamburg, das Geld geht nach Bremen, das Geld geht nach Baden-Württemberg. Da haben wir überall Regierungen, die entweder rot oder grün sind. Da sind doch keine anderen Farben.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Denken Sie mal über die Zeiträume nach, wann das beschlossen wurde!)

Vielleicht müssen Sie ein bisschen geschickter argumentieren, weniger den Holzhammer herausholen, einfach Argumente bringen. Die hat Herr Klocke eben genannt: in Berlin antreten und gemeinsam etwas für Nordrhein-Westfalen erreichen.

Herr Schmelzter, dabei helfen wir Ihnen gern. Ich stimme auch zu, dass Nordrhein-Westfalen mehr

Geld für die Infrastruktur braucht. Aber so, wie Sie hier argumentieren, wie die Kollegen das gerade getan haben, ist das ein reines Ablenkungsmanöver.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schmeltzer?

Christof Rasche (FDP): Aber klar.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gerne. – Bitte schön, Herr Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Kollege Rasche, ich danke Ihnen für das Angebot, dass Sie an dieser Stelle gerne mit uns zusammenarbeiten würden, wengleich Behauptungen, die ich aufgestellt haben soll, gar nicht von mir getätigt wurden. Ich melde mich heute das erste Mal zu Wort.

Würden Sie zur Kenntnis nehmen und würden Sie bestätigen, dass die Finanzierung von Bahnprojekten in anderen Bundesländern zu einem Zeitpunkt zugesagt wurde, als es diese rot-grüne Landesregierung noch nicht gab und Ihre Verkehrsminister Lienenkämper bzw. der Paninibilder sammelnde Oliver Wittke die Verantwortung hatten?

(Beifall von den GRÜNEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Der ganz schnelle!)

Christof Rasche (FDP): Lieber Kollege Schmeltzer, das ist wieder das gespaltene Bild, das Sie immer aufzeigen. Ich erinnere mal an den RRX: Der wurde, nachdem der Metrorapid von Rot-Grün beerdigt wurde, von der Koalition aus SPD und Grünen eingeführt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zu Recht!)

Die damalige Regierung hat versprochen, dass dieser zur Fußballweltmeisterschaft 2006 fährt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war der Metrorapid!)

Nichts ist gefahren! Danach hat genau die gleiche Regierung, sogar in Person von Herrn Steinbrück, den Finanzminister in Berlin gestellt. Es wäre für ihn also ein Leichtes gewesen, das Versprechen, das er in Nordrhein-Westfalen in diesem Hohen Haus gegeben hat, einzuhalten und in Berlin finanziell zu hinterlegen. – Er hat nichts gemacht.

(Zuruf von der FDP)

Genau wie Sie in dem ganzen Bereich nichts getan haben! Sie werfen uns heute vor – und das ist eine Frechheit –, wir würden nicht für die Finanzierung

sorgen, wo Sie in Berlin elf Jahre lang den Finanzminister gestellt haben!

(Beifall von der FDP)

Ein größeres Eigentor kann man nicht schießen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber Sie kennen schon die Haushaltssystematik, die auch im Bund funktioniert, oder?)

– Natürlich! – Wir waren im Bereich „Schiene“. Da ist also nichts gelaufen.

Kommen wir zum Bereich „Luftverkehr“. – Rot-Grün hat in der Opposition immer wieder die Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption 2010 gefordert. Jetzt hätten Sie die Möglichkeit, dies zu tun. – Nichts passiert. Der Haushaltstitel für die Verbesserung der Sicherheit und des Umweltschutzes an Verkehrslandeplätzen für den Geschäftsreiseverkehr wurde radikal zusammengestrichen. Das kann man politisch vertreten; da gibt es unterschiedliche Prioritäten. Was ich kritisiere, ist: Als wir seitens der FDP im Ausschuss gefragt haben, wie denn die Auswirkungen sind, wurde uns seitens der Regierung eine Antwort verweigert.

Kommen wir vom Luftverkehr zur Binnenschifffahrt und zum Thema „Logistik“.

(Jochen Ott [SPD]: Jetzt wird es spannend!)

Das ist ein entscheidender Bereich – Herr Ott, das ist gar nicht so spannend, das ist nur wichtig – für Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen.

Es liegt ein FDP-Antrag vor, der vielleicht die Grundlage für gemeinsame Initiativen ist. Dann muss sich aber auch etwas tun. Vielleicht können wir uns auf einen gemeinsamen Weg einigen. Wir versuchen das. Wir haben ja auch schon miteinander gesprochen. Nur ist bisher auch in diesem Bereich – es ist ja auch „erst“ knapp ein Jahr her – nicht viel passiert.

Zum letzten Verkehrsträger: zur Straße. Sie reduzieren die Mittel für Neu- und Ausbau größerer Vorhaben im Landesstraßennetz um 20 % und erhöhen die Mittel für den Radwegebau um 140 %. Diese 140 % hören sich bärenstark an. Der alte Ansatz, also der vom letzten Haushaltsjahr, hat in der Höhe genau den Ansätzen der Regierung von Rot-Grün in den Jahren 2000 bis 2005 entsprochen. Von daher war der Ansatz von der Wertigkeit her ganz okay. Aber Sie packen jetzt 140 % drauf! Meine Damen und Herren, damit lösen Sie doch nicht die Verkehrsprobleme in Nordrhein-Westfalen. Das ist wieder eine reine Alibipolitik, die zwar dem Radverkehr etwas bringt – da bin ich bei Ihnen –, aber der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen leider viel zu wenig.

Damit komme ich zur Sachverständigenanhörung vom 23. März in diesem Plenarsaal. Herr Kollege Klocke, Sie haben sie eben erwähnt. In der Tat ha-

ben Sie einige Sachverständige gefragt, ob es nicht gut ist, dass viel mehr Geld in den Erhalt investiert wird. Und es kam die geradlinige Antwort, die Sie gerade genannt haben: Ja, das ist gut. – Aber damit war der Satz bei keinem Referenten beendet. Vielmehr haben alle hinzugefügt: ohne den Neu- und Ausbau zu vernachlässigen. – Keiner der Sachverständigen hat gesagt: Kürzt bitte beim Neu- und Ausbau und steckt das Geld in die Erhaltung. – Sie haben das Gegenteil gesagt: Ja zu Erhaltungsinvestitionen, aber ohne den Neu- und Ausbau zu vernachlässigen. – Von daher muss man hier beide Seiten aufzeigen.

Meine Damen und Herren, das letzte Thema, das ich hier ansprechen möchte und ansprechen muss, ist das Thema Umgehungsstraßen. Herr Schmelzter, Sie schauen so nett zu mir herüber. Wir haben uns schon öfter darüber unterhalten.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Immer wieder gerne!)

Zahlreiche Städte in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, ersticken im Verkehr. Umweltminister Rimmel weist zu Recht auf erhebliche Gesundheitsgefährdungen hin, die gerade von den stark befahrenen Straßen in den Städten ausgehen.

Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, stellen durch Ihren Koalitionsvertrag und durch Ihre bisherige Arbeit den Bau sämtlicher geplanter Umgehungsstraßen infrage. Denn Sie beziehen keine klare Position. Sie unterscheiden seit September in Ihrer Sprachregelung „vorrangige“ und „nachrangige“ Bauvorhaben. Es ist doch das gute Recht dieses Hohen Hauses sowie der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, zu hinterfragen, welche Straße denn aus Ihrer Sicht vorrangig und welche Straße nachrangig ist. Welche Straße kann denn weitergeplant werden, und welche Straße kann nicht weitergeplant werden? Wo soll denn nun die Planung eingestellt werden?

Diese Fragen stellen wir seit September 2010. Seit September 2010 sind Tage, ja Monate vergangen, und bis heute steht eine Antwort aus. Herr Voigtsberger hat an der letzten Plenarsitzung nicht teilgenommen; er wurde bei der Beantwortung der entsprechenden Mündlichen Anfrage von seinem Kollegen Schneider vertreten. Herr Schneider hat uns bei dieser Gelegenheit sogar eine Zusage gegeben. Er sagte: „Ja, die Listen stehen Ihnen zu, und Sie werden sie auch erhalten.“

Im Verkehrsausschuss, der wenige Tage später tagte, hat Herr Klocke von den Grünen dann gesagt: „Das ist doch alles Quatsch. Mich interessiert überhaupt nicht, was Herr Schneider erzählt.“ – Das ist also der Umgang zwischen Rot und Grün, zwischen den Koalitionsfraktionen und der Regierung.

(Widerspruch von Arndt Klocke [GRÜNE])

Ja, das war so. Ich habe ja direkt neben Ihnen gesessen, und Sie haben das ziemlich vehement geäußert, lieber Herr Klocke.

Die Bürgerinnen und Bürger in ganz Nordrhein-Westfalen warten auf eine klare Aussage dieser Regierung, welche Straßenbauvorhaben, die gesetzlich festgeschrieben sind, vorrangig sind, und welche nachrangig sind.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Schmelzter?

Christof Rasche (FDP): Na klar.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Schmelzter.

Rainer Schmelzter (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Rasche, unabhängig von der Tatsache, dass der Bundesverkehrsminister Mittel für die Straßensanierung zulasten der Neubaumittel für Ortsumgehungen vorsieht, haben Sie gerade gesagt, wir würden Ortsumgehungen infrage stellen. Meine Frage an Sie lautet: Welche konkrete Ortsumgehung stellen wir infrage?

(Manfred Palmén [CDU]: Zum Beispiel Kevelaer!)

Christof Rasche (FDP): Ich will die Zeit jetzt gar nicht damit verbringen, sämtliche Maßnahmen aufzuzählen. Ich muss eingestehen, dass ich sämtliche Hundert Maßnahmen gar nicht aufzählen kann. Aber wir haben ja einen Antrag gestellt, in dem Sie das nachlesen können, Herr Schmelzter. Wenn Sie ihn nicht finden, stelle ich ihn Ihnen gern zur Verfügung.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Sie können Behauptungen aufstellen, aber Sie müssen sie auch belegen!)

Meine Damen und Herren, abschließend: Wer Verkehrsinfrastruktur und Logistik vernachlässigt, gefährdet auf der anderen Seite Arbeitsplätze und Wohlstand. Beenden Sie endlich diese Staupolitik – nicht für die FDP, nicht für die CDU, sondern für unser Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Lieber Herr Lehne, Ihnen bieten wir, genauso wie der FDP zur Schulpolitik, individuelle Förderung an. Unser Tipp: Bitte schauen Sie im Wörterbuch unter dem Buchstaben S beim Eintrag „Sozialistinnen und Sozialisten“ und beim Buchstaben K unter dem Eintrag „Kommunistinnen und Kommunisten“ nach. Wenn Sie dann Ihre Hausaufgaben gemacht haben, können wir uns gerne noch einmal zusammensetzen und darüber reden.

(Zurufe von der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, zu einer guten und sozialen Verkehrspolitik gehört bezahlbare Mobilität für alle Menschen in NRW, auch für einkommensarme Menschen. Die Linke hat der rot-grünen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, der geeignet ist, die größten sozialen Ungerechtigkeiten in diesem Bereich abzumildern. Aber das haben Sie leider abgelehnt. Stattdessen wird uns eine Flickschusterei bezüglich der Sozialtickets vorgelegt.

FDP und CDU bekämpfen die Einführung des Sozialtickets vehement. Allerdings: Noch im Januar 2010, vor der Landtagswahl im Mai, haben CDU und Grüne – der Kollege Klocke hat darauf hingewiesen – im VRR einen Koalitionsvertrag geschlossen, der unter anderem die Einführung eines Sozialtickets umfasste.

Meine Damen und Herren, die 15 Millionen €, die im Einzelplan 14 stehen, und die 30 Millionen €, die dort für das nächste Jahr vorgesehen sind, werden aber nicht reichen, um einkommensarmen Menschen in NRW eine angemessene Mobilität zu ermöglichen. Dazu muss mindestens der doppelte Betrag eingestellt werden.

Das jetzt vom VRR geplante vergünstigte Vierer-Ticket hat mit einem Sozialticket gar nichts zu tun –

(Beifall von der LINKEN)

auch wenn Sie, Herr Becker, hier versucht haben, es so darzustellen. Es werden Landesgelder abgegriffen, um unnötige Bürokratie aufzubauen. Am Fahrkartenautomaten werden solche Fahrscheine aber wohl kaum zu erhalten sein.

Eine solche Lösung wie im VRR angedacht wird nicht nur unnötig teuer, sie ist zutiefst unsozial und hilft den betroffenen Menschen überhaupt nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist falsche Verkehrspolitik.

Ein Sozialticket muss NRW-weit in Form einer NRW-Card und als Monatsabo verfügbar sein. Ein Sozialticket, das diesen Namen auch verdient, muss von den Verkehrsverbänden und den Aufgabenträgern zu einem Preis angeboten werden, der sich nach dem Betrag richtet, der im Regelsatz von Hartz IV anteilmäßig für den ÖPNV vorgesehen ist.

So sieht ein Sozialticket aus: unbürokratisch, einfach und gerecht.

(Beifall von der LINKEN)

An dieser Stelle möchte ich aber auch positiv anmerken, dass diese Landesregierung wenigstens den Schülerverkehr besser ausgestattet hat, als dies die schwarz-gelbe Landesregierung getan hat. Die Schülerinnen und Schüler müssen dadurch in Zukunft hoffentlich nicht mehr wie die Ölsardinen in der Dose zur Schule gekarrt werden.

Kolleginnen und Kollegen, auch diese Landesregierung beschäftigt sich sehr intensiv mit dem Landesstraßenbedarfsplan. Wir haben hierzu ja gerade den Kollegen Rasche gehört. CDU und FDP sind hierbei mit ihrer polemischen Politik und dem Vorgehen im Ausschuss, indem sie immer wieder alte Projekte aus der Schublade ziehen, die treibende Kraft.

Dabei brauchen wir dringend ein Mobilitätskonzept, das den ÖPNV, den MIV – den motorisierten Individualverkehr –, den Fahrradverkehr und die Wege, die zu Fuß zurückgelegt werden, sinnvoll miteinander verknüpft – ein multimodales Zukunftskonzept für Busse, Bahnen, Pkw und Fahrrad, mit Carsharing und Leihräderkonzepten, für Nordrhein-Westfalen. Dies benötigen wir, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können.

(Beifall von der LINKEN)

Dabei sollten wir in Nordrhein-Westfalen Vorreiter sein und nicht den anderen Bundesländern hinterherhecheln. Ein noch so tolles Flughafenkonzept nützt den Menschen nichts, um schnell und komfortabel in die Nachbarstadt zu kommen.

Kolleginnen und Kollegen, Flughäfen nutzen die meisten Menschen in NRW nur für ihre Urlaubsreisen. Ein großer Teil der Flugpassagiere sind Geschäftsreisende. Sie alle wollen natürlich sicher reisen. Wir möchten das für diese Menschen auch. Dass aber im Haushalt Kosten für Nacktscanner als Durchlaufposten an den Bund auftauchen und wir hier in Nordrhein-Westfalen nichts dagegen tun können, das hat uns schon sehr geärgert.

Unsere Flughäfen übernehmen immer mehr die Funktion von internationalen und überregionalen Logistikdienstleistern. Daher gibt es starke Bestrebungen, den Flugverkehr immer weiter in die Nachtstunden zu verlagern. Hier bestärken wir die Landesregierung, zum Schutz der Anwohnerinnen vor Fluglärm ihre Haltung zum Nachtflugverbot beizubehalten.

(Beifall von der LINKEN)

Allerdings bin ich gespannt, wann diese konsequente Haltung aufgeweicht wird.

Kolleginnen und Kollegen, Pläne spielen bekanntlich beim Thema „Verkehr“ eine große Rolle, auch wenn sie schon 20, 30 und 40 Jahre alt sind. Verkehrspolitik wird in Deutschland vorwiegend von äl-

teren Männern gemacht. Entsprechend chaotisch werden die dagegen jungen Pläne umgesetzt.

(Beifall von der LINKEN)

Diejenigen, die Pläne erdacht haben, sind schon lange nicht mehr da, und diejenigen, die keinen Plan haben, bemühen sich, etwas hinzubekommen. Am Ende kommt, wenn wir Glück haben, eine befahrbare Straße heraus. Voraussetzung ist immer, dass man die Scheuklappen nicht abnimmt

(Manfred Palmen [CDU]: Scheuklappen! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Ruhig bleiben, Herr Palmen!)

und das vor langer Zeit definierte Ziel fest im Blick hält, selbst wenn dieses historische Ziel schon längst nicht mehr aktuell ist. Das hat übrigens Stuttgart 21 deutlich gemacht.

20 Jahre sind eine lange Zeit, fast eine Generation. In solchen Zeiträumen ändert sich schon mal etwas, und einige Dinge sieht Mann oder auch Frau heute ganz anders. Der Schutz der Anwohnerinnen vor negativen Auswirkungen hat heute zum Glück einen ganz anderen Stellenwert.

Auch werden Leuchtturmprojekte heute viel kritischer gesehen. Beispielsweise fragen sich die Menschen in NRW, was sie davon haben, wenn sie später einmal mit dem RRX fünf Minuten Fahrzeit einsparen, dann aber eine halbe Stunde auf den Anschluss warten müssen.

Meine Damen und Herren, es ist dringend geboten, die Projekte des Landesverkehrswegeplanes und des Bedarfsplanes des Bundes neu zu bewerten. Angesichts der hohen Summen für diese Investitionen muss geprüft werden, ob diese Baumaßnahmen auch in 50 Jahren noch Bestand haben. Die Anforderungen an die Mobilität sind im Fluss. Sie werden sich in den nächsten Jahren ändern.

Mit dem Bau von neuen Autobahnen wird man dieses Problem nicht in den Griff bekommen. Im Gegenteil: Es muss in erster Linie versucht werden, dieses Güteraufkommen auf der Straße – es wird sich ja steigern – zu begrenzen. Viele Transporte finden nur statt, weil die Autobahnmaut offenbar noch zu gering ist. Hier müssen Landes- und Bundesregierung mit intelligenten Mitteln steuernd eingreifen. So kann die Lkw-Maut zum Beispiel flexibel gestaltet werden, nämlich abhängig von der Tageszeit und streckenabhängig. Von allen abhängig Beschäftigten wird ja Flexibilität eingefordert. Warum wollen wir diese Flexibilität nicht auch an die Unternehmen und Konzerne weitergeben?

(Beifall von der LINKEN)

In erster Linie ist es jedoch erforderlich, mehr Güter auf den Wasserstraßen und auf der Schiene zu befördern. Hier liegt für uns die Zukunftsaufgabe. Vor fast 20 Jahren wurde ein Vertrag über den Bau eines dritten Gleises entlang der Betuwe-Linie von

Oberhausen über Wesel bis zur Landesgrenze unterzeichnet. Diese Bahnstrecke ist ein Teil des europäischen Güterkorridors Code 24, der von Rotterdam bis nach Genua reicht und die Nordsee mit dem Mittelmeer verbindet. Im Einzugsbereich dieses Korridors leben ca. 70 Millionen Menschen. 700 Millionen t Fracht sollen hier einmal auf der Schiene transportiert werden. Ob die Unterzeichner von damals die heutigen Entwicklungen im internationalen Handel und den Bau der zweiten Maas-Ebene in Rotterdam wirklich auf dem Schirm hatten, das glaube ich nicht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Wie es sich heute darstellt, wird der nun schon seit fast 20 Jahren geplante Ausbau der Bahnstrecke weder den berechtigten Interessen der Anwohner und Anwohnerinnen noch den tatsächlichen Erfordernissen der Verkehrsabwicklung gerecht. Die Bahn AG will jetzt die Blockverdichtung bauen, die zu deutlich mehr Güterverkehr gerade in den Nachtstunden führt, ohne Anwohnerinnen und Anwohner ausreichend vor Lärm zu schützen. Hier sind wir als Ausschuss gefordert und gefragt, dort handelnd einzugreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle haben davon gehört, dass der Bund seinen Anteil von einem Drittel am Duisburger Hafen verkaufen will. Hier erwartet die Linke, dass sich die Landesregierung klar positioniert. Zusammen mit der Stadt Duisburg muss eine Lösung gefunden werden, die garantiert, dass der Hafen Duisburg öffentliches Eigentum bleibt und nicht zum Spielball privater Investoren wird. Die Linke hat einen Sachstands- und Einschätzungsbericht des Ministers für den Verkehrsausschuss beantragt. Wir erwarten sehr gespannt die Positionierung des Landes. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beuermann. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Voigtsberger das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Beuermann, Ihre Aussage, dass Verkehrspolitik von alten Männern gemacht wird, war die schärfste Attacke im Laufe dieser Debatte. Damit muss ich jetzt erst mal fertig werden.

(Allgemeine Heiterkeit – Bärbel Beuermann [LINKE]: Von älteren Männern! – Weitere Zurufe)

– Älteren, okay.

Herr Rasche, zu den Versprechungen: Herr Wittke hat zu Beginn seiner Amtszeit versprochen, dass der RRX 2015 fährt. Wir sind mit dem Bund noch nicht einmal so weit, dass er die Planung finanzieren möchte. Es gab im März letzten Jahres einen „tollen“ Bahngipfel mit Ministerpräsident Dr. Rüttgers, Verkehrsminister Herrn Lienenkämper, Bundesminister Dr. Ramsauer, Bahn-Vorstandsvorsitzenden Dr. Grube. Das Ergebnis war, dass wir im neuen Schienenbedarfsplan Betuwe und RRX nicht mehr wiedergefunden haben. Jetzt kämpfen wir mühsam darum, diese Themen wieder auf die Tagesordnung zu bringen und mit dem Bund entsprechend zu verhandeln. Sie sagen, wir hätten keinen guten Kontakt zur Bahn oder zu allen anderen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich habe den Eindruck, wir müssen jetzt wieder vieles hochholen und aufarbeiten, was in der letzten Legislaturperiode versäumt wurde.

(Jochen Ott [SPD]: Hört, hört!)

Aber, meine Damen und Herren, da man es so darstellt, als würde in Sachen Mobilität in Nordrhein-Westfalen nichts bewegt, will ich sagen, dass ich glaube, Ihnen eine Bilanz vorstellen zu können, die genau das Gegenteil belegen wird. Für die Landesregierung ist nämlich die Gewährleistung einer sicheren Mobilität für eine Vielzahl von Menschen ein ganz wichtiger zentraler Punkt ihrer Regierungstätigkeit.

Zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs haben wir den Ansatz um 68 Millionen € auf ein Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden € aufgestockt. Das sind die Gesamtmittel zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Ich möchte sie im Einzelnen kurz vorstellen: 837 Millionen € werden als Schienenpersonennahverkehrspauschale an die drei Kooperationsräume Rhein/Ruhr, Rheinland und Westfalen geleistet. 110 Millionen € sind als ÖPNV-Pauschale vorgesehen. Rund 367 Millionen € sind vorgesehen für die pauschalierte Investitionsförderung sowie für Investitionen im besonderen Landesinteresse gemäß ÖPNV-Gesetz. Darüber hinaus schaffen wir mit den verabschiedeten Änderungen des ÖPNV-Gesetzes eine eigenständige Ausbildungsverkehrspauschale, die an die Aufgabenträger ausgezahlt wird. Die Pauschale beträgt im Jahr 2011 100 Millionen €, die aus Landesmitteln finanziert werden. Hinzu kommen weitere 30 Millionen € – genau wie im Vorjahr – an Landesmitteln für die letztmalige Abrechnung der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr nach § 45 Personenbeförderungsgesetz.

Weitere Landesmittel in Höhe von 15 Millionen € werden erstmalig für die Unterstützung der Aufgabenträger bei der Einführung von Sozialtickets veranschlagt. Ab dem Jahr 2012 ist hier ein Betrag von 30 Millionen € vorgesehen. Dies soll, meine Damen und Herren – das wissen Sie –, den einkommensschwächsten Bürgerinnen und Bürgern des Landes

die Nutzung des ÖPNV und damit die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. 10,5 Millionen € sollen für Qualitätsmaßnahmen, Bürgerbusvorhaben, die landesweiten ÖPNV-Kompetenzcenter und ÖPNV-Gutachten eingesetzt werden. Schließlich werden wir wieder Infrastrukturinvestitionen der nicht bundeseigenen Eisenbahnen mit 3,9 Millionen € fördern. Sie sehen also, diese 1,5 Milliarden € sind einschließlich der Aufstockung ein wichtiger Bestandteil, Mobilität im Lande sicherzustellen.

Die Ausgaben für Angelegenheiten der Luftfahrt werden 2011 mit rund 21 Millionen € veranschlagt und damit im Wesentlichen dem Ansatz des Jahres 2010 entsprechen. Schwerpunkt ist weiterhin die Verbesserung der Sicherheit an den Flughäfen Münster/Osnabrück, Paderborn/Lippstadt, Dortmund, Niederrhein und Mönchengladbach sowie die Verbesserung der Flugsicherheit und Luftaufsicht.

Den durch den Bund und das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam finanzierten Kanalausbau wollen wir weiter fortsetzen. Das Land wird hierbei im Jahr 2011 weitere 7 Millionen € für den Ausbau der Weststrecke des Mittellandkanals sowie 4,5 Millionen € für den Ausbau der rheinisch-westfälischen Kanäle zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass der Bund hier im Wesentlichen Ausgabenkürzungen vorsieht, dass er auch eine Neubewertung der Prioritäten der Wasserwege vornehmen will. Wir befürchten für Nordrhein-Westfalen in diesem Punkt Gravierendes. Wir haben in der Verkehrsministerkonferenz beim Bund eine enge Beteiligung der Länder angemahnt, weil eben auch andere Länder befürchten, dass sich der Bund aus der Förderung des Wasserverkehrs sukzessive zurückzieht.

Zum Thema „Landesstraßenbau“: Meine Damen und Herren, für Investitionen in den Landesstraßenbau sieht der Haushaltsentwurf 2011 insgesamt 162 Millionen € vor. Dies ist deutlich mehr als im Vorjahr und zeigt den Stellenwert, den dieser Aufgabenbereich für uns hat. Entsprechend der Ziele des Koalitionsvertrages wollen wir insbesondere der Substanzerhaltung der bestehenden Landstraßen Priorität einräumen und uns beim Neubau im Wesentlichen auf die Weiterfinanzierung begonnener Maßnahmen und auf solche mit bestehendem Baurecht konzentrieren, um Mittel für die Straßenerhaltung umzuschichten.

Ich kann Ihnen auch mitteilen: Nach der letzten Verkehrsministerkonferenz vor wenigen Tagen war das auch exakt die Position des Bundesverkehrsministers, der uns erklärt hat, er werde ebenfalls zugunsten des Erhaltes der Bundesfernstraßen seine Mittel umschichten, weil er sonst einen großen Verfall des Bundesstraßennetzes befürchtet. Sie sehen also: Diese Erkenntnis ist inzwischen auch an anderen Stellen angekommen.

Infolgedessen sind die für den Neu- und Ausbau größerer Landesstraßenprojekte zur Verfügung stehenden Mittel zugunsten der Substanzerhaltung auf 55 Millionen € abgesenkt worden. Der Ansatz für Erhaltungsinvestitionen hingegen ist mit 78,48 Millionen € gegenüber dem Vorjahr merklich erhöht worden.

Im Zuge der Entwicklung neuer Lösungsansätze wird darüber hinaus in Südwestfalen eine Zustandsverbesserung im Rahmen eines ÖPP-Projektes erprobt. Hierbei sollen Private über einen Zeitraum von 16 Jahren ausgewählte Landesstraßenabschnitte entsprechend vorgegebener Qualitätsmerkmale erhalten. Die Kosten für die Gesamtlaufzeit betragen 25,5 Millionen €.

Ein erheblicher Erhaltungsanteil ist schließlich auch den kleineren Um- und Ausbaumaßnahmen zuzurechnen. Insbesondere zur Deckung des Nachholbedarfes bei kleineren verkehrssichernden Projekten wird das Volumen von 10 Millionen € auf 15 Millionen € angehoben.

Ein weiteres Anliegen der Landesregierung ist die gezielte Fortentwicklung des Fahrradlandes Nordrhein-Westfalen. Hierzu ist der Ansatz für den Radwegbau an bestehenden Landstraßen mit rund 12 Millionen € mehr als verdoppelt worden. Neben konventionellen Radwegprojekten sollen dadurch die bisher erfolgreichen Modelle der Bürgerradwege sowie der Radwege auf stillgelegten Bahntrassen verstärkt werden.

Für die Finanzierung kommunaler Straßenbauvorhaben sind Ausgabemittel in Höhe von insgesamt 145,8 Millionen € vorgesehen. Davon entfallen knapp 130 Millionen € auf Zuweisungen nach dem Entflechtungsgesetz sowie 5,4 Millionen € auf die Komplementärfinanzierung des Landes. Weitere 10,6 Millionen € und damit gegenüber dem Vorjahr ein erhöhter Ansatz sind der Förderung der kommunalen Radwege sowie der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vorbehalten.

Die Zuführung an den Landesbetrieb Straßenbau betragen im Jahr 2011 rund 337,3 Millionen €. Da zeitgleich Kostensteigerungen verkräftet werden müssen, können diese trotz der erforderlichen erheblichen Einsparanstrengungen bei sämtlichen Aufwandspositionen voraussichtlich nur teilweise kompensiert werden. Dies führt dazu, dass der Landesbetrieb Straßenbau im Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 einen Fehlbetrag ausweisen wird. Dieser Fehlbetrag soll soweit wie möglich durch weitere noch zu erarbeitende, auch strukturelle Maßnahmen ausgeglichen werden.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend für die heutige Debatte: Die Landesregierung zielt auf einen Politikwechsel, in dessen Mittelpunkt die bereits erwähnte Neuausrichtung auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie Ressourcen- und Energieeff-

izienz liegt. Mit dem Haushaltsplan 2011 für den Einzelplan 14 sichern wir durch nachhaltige Investitionen vor allem in die Infrastruktur unseres Landes einen ausgewogenen Gleichklang zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf Ihre Unterstützung. Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Lehne das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Olaf Lehne (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den Ausführungen der Regierungskoalition inklusive der Linken möchte ich doch noch das eine oder andere anmerken, ebenso zu dem, was der Minister von sich gegeben hat.

Erst mal zu den Linken. Demokratie hält viel aus: Sie sind gekommen, Sie werden wieder gehen.

(Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann
[LINKE]: Die CDU aber auch!)

Sie sind für mich wirklich der letzte Ansprechpartner in diesem Hause, und ich muss sagen, wir würden uns immer wünschen, auch woanders Mehrheiten für unsere Ideen zu finden – schauen wir mal, wie das weitergeht.

Herr Klocke, es wäre schön, wenn Sie hier nicht nur Phrasen gedroschen, sondern sich vorher – und so kenne ich Sie eigentlich auch – tatsächlich informiert hätten. Dann wüssten Sie, dass ich schon grün war, als Sie noch nicht mal geplant waren,

(Heiterkeit von den GRÜNEN – Bärbel Beuermann
[LINKE]: So alt sind Sie schon?!)

und dass wir als CDU schon grüne Ideen hatten, als es die Grünen noch gar nicht gab. Wir haben es auch meistens besser durchgesetzt – es gab auch die eine oder andere Ausnahme, unter anderem in Baden-Württemberg –, en gros waren wir aber immer um Klassen besser als Sie.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD
und von Horst Becker [GRÜNE])

Zu den Ausführungen des Ministers darf ich Folgendes sagen: Es ist schon faszinierend, wenn der Minister hier über die Tätigkeit der Minister vor seiner Zeit spricht, insbesondere der letzten fünf Jahre. Eigentlich wäre er wohl stolz, wenn er ein solches Hearing mit einer solchen Besetzung schon mal hinbekommen hätte und auch diese Zusagen selber hätte einfahren können; denn tatsächlich wird es so sein, dass sich der Bund natürlich an die Zusagen

hält, die er gemacht hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass das ein schwieriges Geschäft ist.

Und jetzt komme ich zum Vorwurf an diese Regierungskoalition: Sie machen es sich immer extrem leicht. Erstens. Herr Walter-Borjans trägt hier im Plenum vor, es gebe in Nordrhein-Westfalen keine Einsparpotenziale – das war eine seiner ersten Reden, die er gehalten hat; da war ich echt von den Socken.

Zweitens. Dass wir hier in Zukunft mit weniger Geld mehr gestalten müssen, müsste eigentlich jedem – auch jedem aus der Politik – begreifbar geworden sein. Die Bevölkerung hat es begriffen; die weiß, dass gespart werden muss. Aber hier wird es tatsächlich nicht umgesetzt.

Ich habe von Ihnen heute in Ihren Ausführungen ausschließlich gehört, wo aufgesattelt werden soll und wo mehr Geld gebraucht wird, anstatt zu sagen, wo mehr Geld herkommen soll. Ich verlange von einer Regierung, dass sie hier konstruktive Vorschläge macht. In dieser Haushaltsdebatte habe ich wirklich keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört; das finde ich schon enttäuschend. Verlangen Sie dies aber bitte nicht ausschließlich von der Opposition; die macht ihre Arbeit schon gut und richtig, aber das hier ist Ihr Auftrag.

(Zuruf von der SPD)

Sie müssen schauen, dass Sie das hier wie auch die Arbeit im Bund vernünftig hinbekommen.

An dieser Stelle noch einen Satz zum Eisernen Rhein und zum RRX. Ich habe es Ihnen schon mal vorgeworfen, Herr Minister, kann es aber gerne wiederholen: Man konnte Ihnen die Schuhe beim Laufen besohlen, bis Sie endlich den Kontakt zum Bund hergestellt hatten, nachdem Sie Minister geworden waren. Ich hätte erwartet, dass das eine Ihrer ersten Handlungen gewesen wäre, weil Sie genau wussten, welche Themen auf Sie zukommen würden.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Da verlange ich von dem Minister, dass er sofort nach Berlin geht und sich dort starkmacht und einsetzt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung. Wenn Herr Ott hier den Staatsmann macht und sagt: „Wir müssen gemeinsam, wir müssen gemeinsam!“, dann ist das völlig richtig. Sie haben völlig recht, Herr Ott. Aber dann verlange ich auch, dass man das gemeinsam tut. Und bis dato – das sage ich ganz offen – gibt es eine Vielzahl von – in Anführungsstrichen – „Einladungen“, die aber ausschließlich darin bestanden, Projekte abzureißen und einzureißen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Olaf Lehne (CDU): Ich habe noch 2:47 Minuten, jetzt 2:46.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, mein Hinweis gilt nicht der Redezeit, sondern der Abgeordnete Schmelzter möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Olaf Lehne (CDU): Herr Schmelzter, bitte.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Lehne, Sie haben gerade – mit dem Schuhebesohlen, das ist ein anderer Haushaltsbereich – den Minister in Bezug auf Kontakte mit dem Bundesverkehrsminister in Sachen Bundesbahn angesprochen. Haben Sie in der Vergangenheit zur Kenntnis genommen, dass es der Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Harry Voigtsberger, sehr frühzeitig war, der schnellstmöglich um Gesprächstermine beim Bundesverkehrsminister Ramsauer gebeten hat, welcher ihn erst einmal Monate hinsichtlich eines Gesprächstermins vertröstet hat?

Olaf Lehne (CDU): Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es, als er Wirtschaftsminister wurde, eine ewige Zeit gedauert hat, bis er sich mal darum bemüht hat.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das ist falsch!)

Das wäre sehr schön. Wir können die Zeiten gerne einmal abgleichen, dann tragen wir es vielleicht beim nächsten Mal in der Auseinandersetzung vor; das ist dann leichter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lehne. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage, ob es weitere Wortmeldungen dazu gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Beratung zum Einzelplan 14. Wie verabredet, findet die **Abstimmung** nicht jetzt, sondern **nach 14 Uhr** statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit rufe ich auf den

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

mit den Teilbereichen „Familie, Kinder und Jugend“, „Kultur“ sowie „Sport“. Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 15/1707 sowie auf die Berichtigung Drucksache 15/1768 hin.

Ich eröffne die Beratung für den

Teilbereich

Wir müssen noch eine weitere Abstimmung durchführen. Der Einzelplan 14 steht noch zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1714**, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtbeteiligung der Fraktion Die Linke **angenommen** und der **Einzelplan 14 verabschiedet**.

Ich rufe auf den

**Einzelplan 11
Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales**

und dort zunächst den

**Teilbereich
Arbeit und berufliche Weiterbildung**

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Abgeordnete Preuß für die CDU-Fraktion.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für den Einzelplan 11 gilt: Dieser Haushalt ist nicht nur verfassungswidrig, er ist auch spiegelbildlich ...

(Unruhe)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich darf Sie kurz unterbrechen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, da eine große Unruhe im Plenarsaal herrscht, die Gespräche nach draußen zu verlegen, damit der Abgeordnete in Ruhe seine Ausführungen machen kann und Sie ihm zuhören können.

Peter Preuß (CDU): Der Haushalt ist spiegelbildlich zur Regierungserklärung das Eingeständnis und ein Dokument der politischen Unfähigkeit. Er bleibt übrigens – das ist besonders auffällig – weit hinter den Zielen der Koalitionsvereinbarung zurück. Es zeigt sich erneut die Unzulänglichkeit der Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Gesellschaft, Politik zu gestalten, ja mehr noch: sie gestalten zu wollen.

Wie ist die Situation? Die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Konjunkturkurve zeigt steil nach oben und wir verzeichnen ein Wachstum wie lange nicht mehr. Auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung führt das dazu, dass die Wirt-

schaft unter einem massiven Fachkräftemangel leidet. Gleichzeitig haben wir eine besorgniserregende Anzahl von Geringqualifizierten, die keine oder kaum eine Chance auf eine dauerhafte Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Damit sind die Anforderungen des Arbeitsmarktes klar. Es ist nicht erkennbar, dass sich diese Landesregierung diesen Anforderungen mit wirksamen Maßnahmen stellt. Es ist in dieser Situation auch nicht erkennbar, ob Rot-Grün in der Haushaltspolitik überhaupt diesbezügliche Schwerpunkte setzt, und wenn ja, welche – ganz zu schweigen von der Frage, ob die Schwerpunkte richtig gesetzt sind.

Stattdessen verfällt Rot-Grün in alte Denkmuster, holt alte Konzepte wieder aus der Schublade wie die teure Regionalstelle „Frau und Beruf“ oder die Arbeitslosenzentren, die erneut zu Doppelstrukturen führen, während Maßnahmen wie das Werkstattjahr für geringqualifizierte Jugendliche und andere Maßnahmen zurückgefahren werden. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Die Landesregierung baut Zeitdruck auf. Innerhalb von nur drei Wochen sollte der Haushalt im Ausschuss durchgepeitscht werden – und das zu einem Zeitpunkt, als klar war, dass der Haushalt mit den vorgelegten Zahlen verfassungswidrig sein würde, mit Zahlen also, die keine seriöse Haushaltsberatung zulassen, wobei dann auch noch die abenteuerliche Behauptung aufgestellt wurde, ausgerechnet die Einzelpläne 11 oder 15 seien gar nicht betroffen.

Ich will nicht alles wiederholen, was im Ausschuss dazu bereits Richtiges gesagt worden ist. Aber ich zitiere aus dem Brief des Ministers für Arbeit an den Präsidenten des Landtages vom 9. Februar 2011. Dort heißt es:

Der Nachtragshaushalt ist derzeit Gegenstand eines Normenkontrollverfahrens vor dem VGH. Hinsichtlich der Veränderungen durch den Nachtragshaushalt stehen die Ergebnisse unter dem Vorbehalt der Entscheidung des VGH im Hauptsacheverfahren. Insofern sind die nachfolgenden Ausführungen vorläufig.

Es geht um den Haushalt 2011 und dessen Einführung.

Das heißt, der Haushaltsplan enthält Luftnummern. Wir wissen nicht, ob die Zahlen überhaupt Bestand haben werden, weil sich aus der Summe aller Ausgaben aus allen Haushaltseinzelplänen überhaupt erst ergibt, ob die Verschuldungsgrenze überschritten wird oder nicht. Es ist demnach auch falsch zu sagen, der eigene Haushalt sei gar nicht betroffen. Aber die Koalitionsfraktionen waren überhaupt nicht bereit, das von der Landesregierung vorgelegte Zahlenwerk kritisch zu überprüfen. Das ist keine Sternstunde der Regierungsfaktionen.

Hinzu kommt, dass eine seriöse Haushaltsberatung auch deshalb nicht möglich war und ist, weil die Zahlen durch ein System von Pauschalierungen je-

